



Bücherei

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 9

September 1964

Grafik des Monats: Bevölkerungsveränderung in den Ämtern 1961-1963

Aufsätze:

Urlaubsreisen 1962

Vertriebene 1961

Übertragbare Krankheiten 1963

Pkw-Dichte 1963

Bauhauptgewerbe in Land und Bund

Tiefbauaufträge 1961 bis 1963

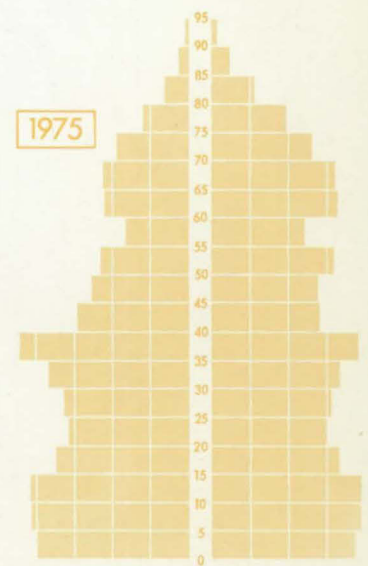
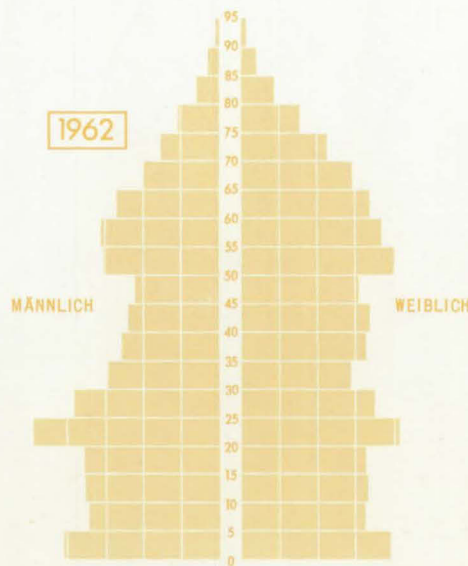
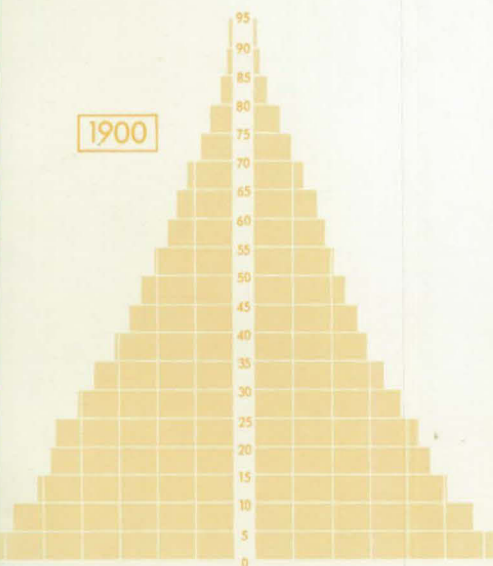
Realkreditinstitute 1963

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

24

Kurzberichte:

Studierende des „Lehramts an Gymnasien“

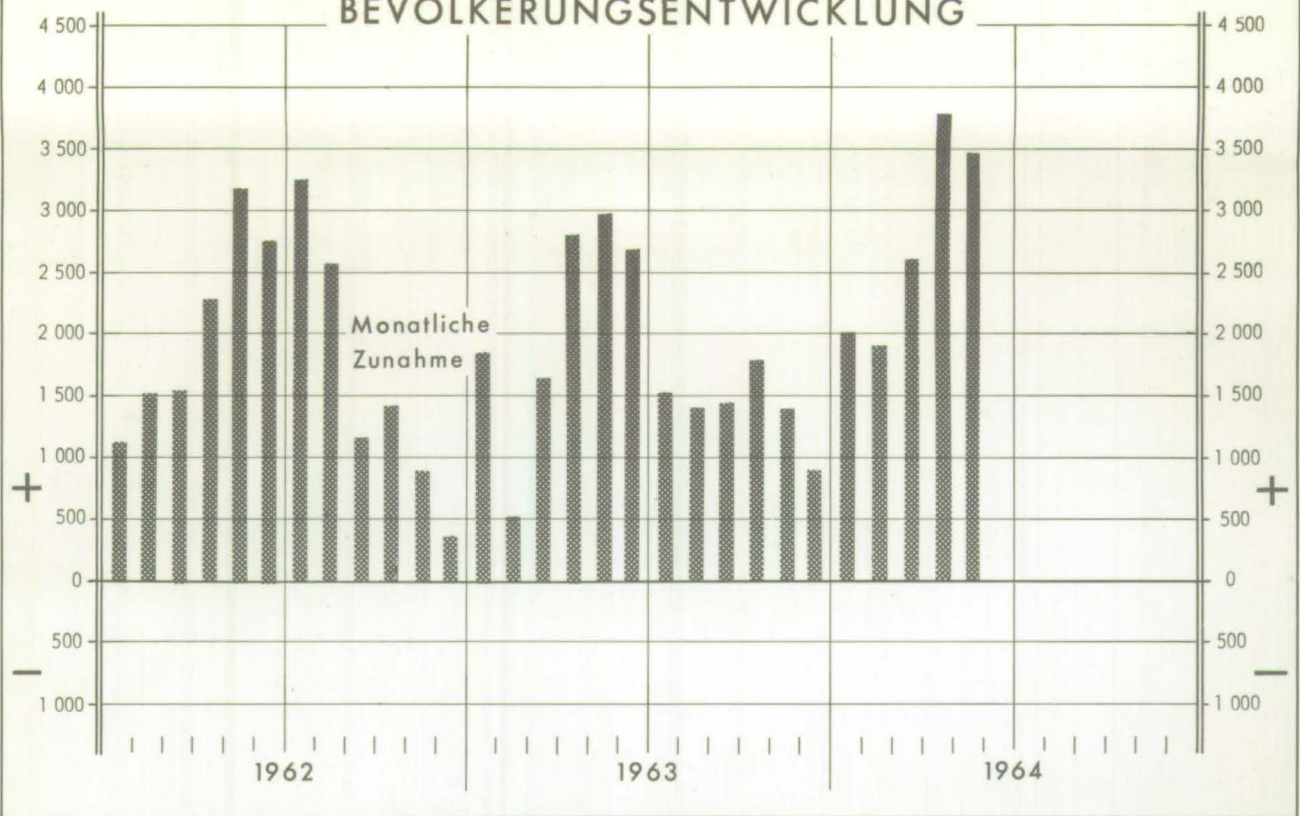


Herausgegeben vom

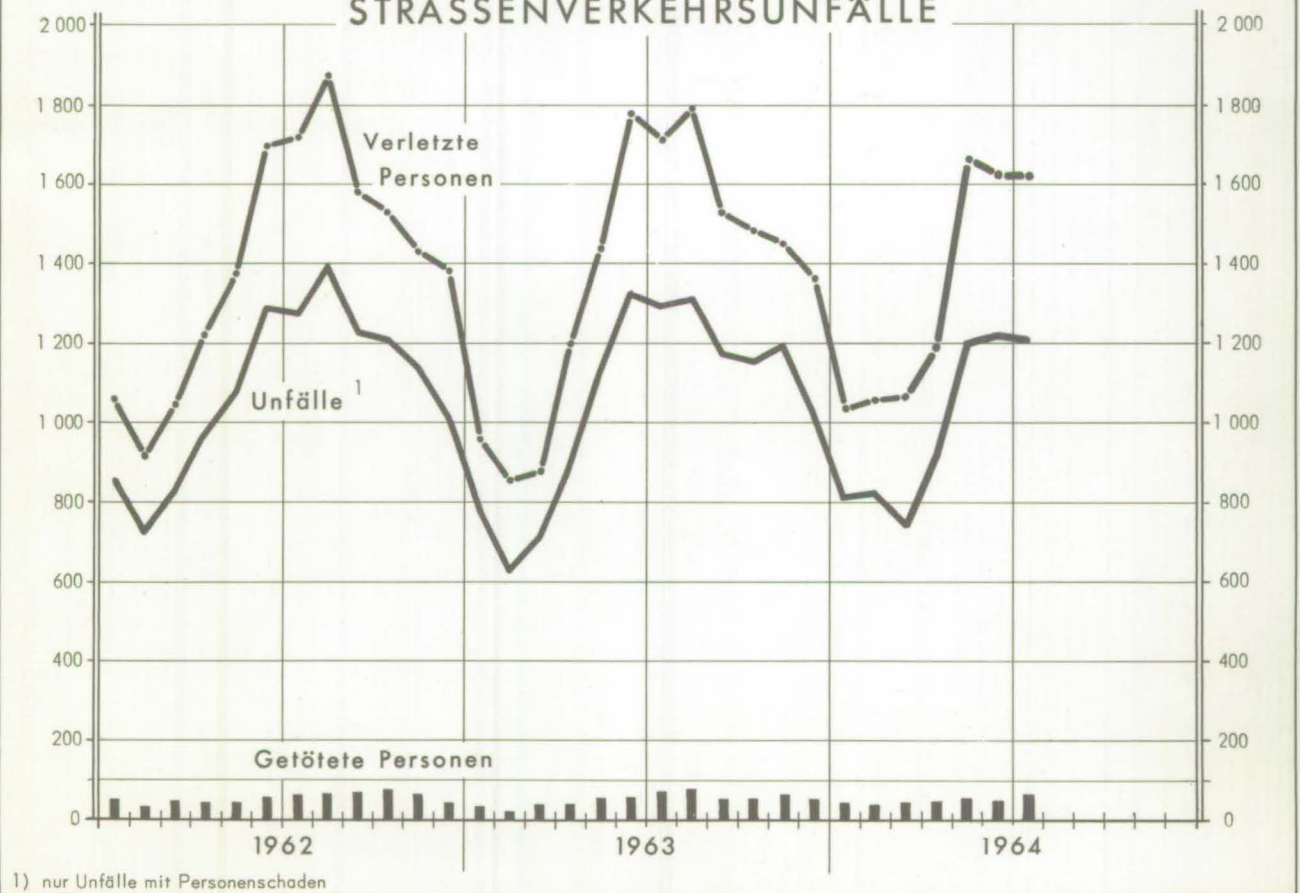
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

D-3391

## BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



## STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



1) nur Unfälle mit Personenschaden



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 9

September 1964

## Aktuelle Auslese

### INDUSTRIE INVESTIERTE FAST 300 MILL. DM



Im Jahre 1962 investierten die in Schleswig-Holstein ansässigen Industrieunternehmen 293 Mill. DM. Das entsprach einer Investitionsquote (Investitionen in % des Umsatzes) von gut 5 %. Die Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigten) belief sich auf 2 005 DM. – Für die Anschaffung von Maschinen und maschinellen Anlagen wurden von den Industrieunternehmen 142 Mill. DM aufgewendet, für Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung 66 Mill. DM und für bebaute Grundstücke 80 Mill. DM.

	Umsatz	Investitionen	Investitionsquote	Investitionsintensität
	Mill. DM		%	DM
<b>Industrie insgesamt</b>	<b>5 721</b>	<b>293</b>	<b>5,1</b>	<b>2 005</b>
darunter				
Ernährungsindustrie	1 635	66	4,1	3 179
Maschinenbau	546	33	6,1	1 873
Schiffbau	605	31	5,1	1 375
Steine und Erden	182	23	12,4	4 440
Eisen-, Blech- und Metallwaren	231	17	7,4	2 339
Druckerei und Vervielfältigung	215	16	7,3	2 036
Elektrotechnik	221	14	6,3	1 686
Chemie	191	12	6,3	2 759

### FAST 331 000 PKW



Am 1. Juli 1964 gab es nach den Unterlagen des Kraftfahrt-Bundesamtes in Schleswig-Holstein rund 457 600 Kraftfahrzeuge, darunter 330 800 Personenkraftwagen. Seit Anfang 1964 ist der gesamte Kraftfahrzeugbestand Schleswig-Holsteins um 4,6 % gestiegen, der Bestand an Personenkraftwagen sogar um 7,4 %. Die entsprechenden Zuwachsraten für das Bundesgebiet betragen 4,2 %

und 6,7 %. Die Zahl der Krafträder war sowohl im Bundesgebiet als auch in Schleswig-Holstein weiter rückläufig.

### SCHÜLER 1963



Die folgende Übersicht zeigt, wie unterschiedlich der Schulbesuch in den Ländern ist. In Schleswig-Holstein sind z.B. die Mittelschulen und auch die Sonderschulen überdurchschnittlich gut ausgebaut.

#### Schüler je 10 000 Einwohner in

	Volks- schulen	Sonder- schulen	Mittel- schulen	Höheren Schulen
Schleswig-Holstein	924	42	175	141
Niedersachsen	1 047	29	122	137
Nordrhein-Westfalen	929	35	83	147
Hessen	836	28	121	162
Rheinland-Pfalz	1 121	18	37	173
Baden-Württemberg	931	24	69	168
Bayern	998	16	66	145
Saarland	1 219	24	45	153
Hamburg	711	49	70	124
Bremen	865	46	107	160
Berlin (West)	579	50	88	113
<b>Bundesgebiet</b>	<b>943</b>	<b>29</b>	<b>86</b>	<b>149</b>

### ZAHLE DER JURASTUDENTEN NIMMT WIEDER ZU

Die Zahl der Studenten, die an der Kieler Universität Rechtswissenschaft studieren, hatte von 1958 bis 1963 erheblich abgenommen. Im Sommersemester 1958 waren in Kiel 920 Studenten (ohne Ausländer, Beurlaubte und Gasthörer) für Jura eingeschrieben und im Sommer 1963 nur noch 613. Im Sommer 1964 stieg die Studentenzahl in dieser Fachrichtung erstmalig wieder leicht an. Es wurden 663 Studenten registriert.

# Aus dem Inhalt

## Urlaubsreisen 1962

Seite 212

Im Herbst 1962 wurde 1% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung danach gefragt, ob sie in der Zeit vom 1. Oktober 1961 bis zum 30. September 1962 Urlaubs- oder Erholungsreisen unternommen hat. Dabei zeigt sich, daß nur 24% der Befragten innerhalb des genannten Zeitraumes eine Urlaubsreise gemacht haben. Auf einen Reisenden kamen also drei Personen, die nicht gereist sind. Die Reisefreudigkeit in Schleswig-Holstein liegt damit geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt (26 Reisende auf 100 Einwohner). – Eine Gliederung nach Altersgruppen ergab, daß die 14- bis 24jährigen am reisefreudigsten sind, und zwar besonders die Frauen zwischen 18 und 24 Jahren, vor allem, wenn sie erwerbstätig sind. Mit steigendem Alter läßt die Reisefreudigkeit der Frauen erheblich, die der Männer nur zögernd nach; vom 45. Lebensjahr an reisen die Männer etwas häufiger als die Frauen. – Die Berufsgruppe, deren Angehörige in Schleswig-Holstein am häufigsten eine Urlaubsreise unternehmen, sind die Beamten. Während des Erhebungszeitraumes war durchschnittlich etwa jeder zweite Beamte verreist. Nicht viel seltener reisen die Angestellten, während die Selbständigen (ohne Landwirte) nicht so häufig am Urlaubsverkehr teilnehmen. Die Möglichkeit zu reisen hängt dabei nicht nur vom Einkommen ab, sondern unterliegt auch anderen Einflüssen. Selbst in vergleichbaren Einkommensgruppen reisen z. B. Beamte und Angestellte häufiger als Selbständige. – Von den Reisenden verreisten im Berichtszeitraum 92% nur einmal, 7% konnten zweimal und 1% sogar dreimal eine Urlaubsreise unternehmen. Mehr als einmal im Jahr verreisten überwiegend die Nichterwerbstätigen. – Von den erfaßten Reisen führten nur 27% überwiegend in das Ausland, die übrigen 73% waren Inlandsreisen. Der Prozentsatz der Auslandsreisen liegt in Schleswig-Holstein weit unter den 39% für das gesamte Bundesgebiet. Mehr als 50% aller von den Schleswig-Holsteinern unternommenen Auslandsreisen führten nach Osterreich, Italien oder der Schweiz. Sogar das angrenzende Dänemark wird wesentlich weniger aufgesucht als Österreich. Von den Inlandsreisen führten 28% nach Schleswig-Holstein selbst. – Der weit aus überwiegende Teil aller Reisenden trifft die Vorbereitungen für seine Reise selbst. 83% aller Reisen waren Einzelprivatreisen und nur 8% Gesellschaftsreisen. Der Rest kam auf Verschickungen, Einzelpauschalreisen und sonstige Reisearten. Einzelprivatreisen gehen genauso häufig in das Inland und in das Ausland wie alle Reisen zusammen. Von den Gesellschaftsreisen dagegen ist fast jede zweite Reise eine Auslandsreise. – Auf Inlandsreisen ist die Eisenbahn das vorherrschende Verkehrsmittel, auf Auslandsreisen wird am häufigsten der eigene Personenkraftwagen benutzt. – Die schleswig-holsteinische Bevölkerung verreist fast ausschließlich während des Sommerhalbjahres, und zwar vor allem im Monat Juli.

## Vertriebene 1961

Seite 216

Im Juni 1961 lebten 744 000 Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone in Schleswig-Holstein; sie stellten damit ein Drittel der Bevölkerung. 686 000 von ihnen besaßen einen Vertriebenen- oder Flüchtlingsausweis und 305 000 Einwohner (13%) zählten zu den "Deutschen aus der SBZ". – Schleswig-Holstein hat von allen Bundesländern den höchsten Vertriebenenanteil; er betrug 1961 27%. Bei den Inhabern des Flüchtlingsausweises C

und den Deutschen aus der SBZ ohne Ausweis stand Schleswig-Holstein 1961 unter den Bundesländern mit 5% erst an achter Stelle. – In den Kreisen an der Westküste Schleswig-Holsteins und im Norden des Landes kamen 1961 unter 100 Einwohnern meist weniger als 30 Vertriebene und Deutsche aus der SBZ vor. Die meisten Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ hatte der Kreis Hztg. Lauenburg mit 42 von 100 Einwohnern; im Kreis Eutin waren es 40. – Von den 1961 in Schleswig-Holstein lebenden Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ waren 80% vor und nach Kriegsschluß in das Gebiet der Bundesrepublik gezogen, 20% sind hier geboren.

## Übertragbare Krankheiten 1963

Seite 218

Von den meldepflichtigen Krankheiten tritt die Lungentuberkulose alljährlich immer noch am häufigsten auf. Unter 100 000 Einwohnern Schleswig-Holsteins wurden 1963 durchschnittlich 109 Personen von einer Tbc der Atmungsorgane befallen oder von den Ärzten als Kranke ermittelt. – Neben der Tbc ist Scharlach noch weit verbreitet. Auf 100 000 Einwohner kamen 1963 in Schleswig-Holstein 47 Scharlachinfektionen. – Diphtherieinfektionen sind selten geworden; 1963 erkrankten daran nur 14 Personen. – Der bereits für das Jahr 1962 festgestellte starke Rückgang der Erkrankungen an Kinderlähmung wurde auch 1963 wieder bestätigt. Das Jahr 1963 brachte mit nur 4 Erkrankungen die bisher überhaupt niedrigste Zahl von Erkrankungen. – Wie in jedem Jahr häuften sich auch 1963 in den Monaten Juni bis September die Fälle von Darminfektionen. Beinahe zwei Drittel dieser Erkrankungen traten in dieser Zeit auf. Im Vergleich zu 1962 lag die Zahl der Darmerkrankungen um mehr als zwei Drittel höher (352 gegenüber 211).

## Pkw-Dichte 1963

Seite 220

Anfang 1964 waren in Schleswig-Holstein 308 000 Personenkraftwagen zum Straßenverkehr zugelassen, 46 000 mehr als Anfang 1963. Auf 1 000 Einwohner entfielen damit 130 Personenkraftwagen; das bedeutet, daß im Schnitt 8 Personen mit einem Auto auskommen mußten. Im Bundesgebiet belief sich der Bestand je 1 000 Einwohner auf 134 Autos. In Schweden, dem Land mit der größten Pkw-Dichte in Europa, kamen Ende 1962 188 Pkw auf 1 000 Einwohner. – Innerhalb Schleswig-Holsteins sind die höchsten Pkw-Dichten seit Jahren in den Kreisen Eiderstedt, Flensburg-Land, Norderdithmarschen, Schleswig, Segeberg und Südtondern festzustellen. Dagegen lag die Pkw-Dichte in Lübeck und in den Kreisen Eckernförde, Rendsburg, Plön, Steinburg und Hztg. Lauenburg während der letzten 10 Jahre immer unter dem Landesdurchschnitt. Die kreisweisen Unterschiede der Pkw-Dichte sind zum Teil beachtenswert. So entfielen Mitte 1963 in Lübeck nur 110 Pkw auf 1 000 Einwohner, im Kreis Segeberg dagegen 145. – Die Pkw-Verkehrsdichte, das ist die Zahl der Pkw auf 1 Kilometer öffentliche Straße, ist in Kiel am größten. Hier kamen Mitte 1963 durchschnittlich 84 Pkw auf 1 Kilometer öffentliche Straße. Die Pkw-Verkehrsdichte lag im Landesdurchschnitt bei 13.

## Bauhauptgewerbe in Land und Bund

Seite 225

Die Beschäftigtenzunahme im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins betrug von 1958 bis 1963 22%. Im Bundesdurchschnitt erhöhte sich der Beschäftigtenstand noch etwas kräftiger (+25%). Die Beschäftigtenzahl nahm zu, während die Zahl der Betriebe in diesem Zeitraum im Bund etwas wuchs (+7%) und in Schleswig-Holstein leicht abnahm (-7%). - Das Schwergewicht der Bauleistungen, das 1958 noch beim Wohnungsbau gelegen hatte, verlagerte sich sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bund zunehmend auf öffentliche Bauten einschließlich Verkehrsbauten. - Das Umsatzvolumen des schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbes machte 1963 mehr als 1,5 Mrd. DM aus. Der Gesamtumsatz lag ebenso wie die Lohnsumme 1963 um 81% über dem Stand von 1958. Der Umsatz je Beschäftigten betrug 1963 in Schleswig-Holstein 22 547 DM und der Umsatz je Arbeitsstunde 13,49 DM. Die Umsatzentwicklung im Bund war noch etwas lebhafter als in Schleswig-Holstein. Von 1958 bis 1963 hat sich der Umsatz im Bauhauptgewerbe des Bundes etwa verdoppelt. - Wie in anderen Wirtschaftszweigen ist auch im Bauhauptgewerbe der Trend zum größeren Betrieb zu erkennen. Ende Juli 1958 hatten in Schleswig-Holstein 35% aller Betriebe weniger als 5 Beschäftigte. Bis zum 30. 6. 1963 ermäßigte sich der Anteil auf knapp ein Viertel. - Knapp die Hälfte der Betriebe (1958 = 44%, 1963 = 47%) des Bauhauptgewerbes Schleswig-Holsteins ist im Hoch- und Ingenieurbau tätig. - Im Bauhauptgewerbe ist auch heute noch der Facharbeiter vorherrschend, 1963 war in Schleswig-Holstein etwa die Hälfte aller Beschäftigten gelehrte Kräfte. Etwa jeder 5. (22%) ist Maurer, 8% waren Zimmerer. Die Zahl der Lehrlinge ist allerdings in den letzten Jahren rückläufig gewesen. Während 1958 auf 100 Beschäftigte (ohne Inhaber und kaufmännische und technische Angestellte) noch 10 Lehrlinge kamen, waren es 1963 nur noch etwa 6%. - Die Geräteausstattung des Bauhauptgewerbes hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. So stand z. B. 1958 in Schleswig-Holstein für 40 Beschäftigte ein Lkw zur Verfügung, während 1963 ein wahrscheinlich größerer Lkw bereits für 25 Beschäftigte vorhanden war.

## Tiefbauaufträge 1961 bis 1963

Seite 231

Im Jahre 1963 sind von der öffentlichen Hand und den Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Schleswig-Holstein Tiefbauaufträge im Werte von 374 Mill. DM vergeben worden. Gegenüber 1962 mit Aufträgen in Höhe von 539 Mill. DM ist das Auftragsvolumen um etwa ein Drittel zurückgegangen. Es liegt auch unter dem des Jahres 1961, wo für 407 Mill. DM im Tiefbau investiert worden ist. Der starke Rückgang der Tiefbauaufträge ist hauptsächlich auf die auffallend geringe Beteiligung des Bundes im Jahre 1963 zurückzuführen. Er hat mit 128 Mill. DM kaum die Hälfte der Vergabesumme von 1962 und auch wesentlich weniger als 1961 für Tiefbauten in Schleswig-Hol-

stein bereitgestellt. - Fast die Hälfte der Auftragssumme für Tiefbauten (46%) war 1963 für Straßenbauten und Straßenbrückenbauten bestimmt. Dieser Anteilssatz ist wesentlich höher als 1962 (37%) und liegt auch noch über dem des Jahres 1961 (44%). - Die Tiefbauaufträge des Jahres 1963 hatten kürzere Abwicklungszeiten als in den Vorjahren. 1962 sind noch 24% der Auftragssumme für Tiefbauten mit einer Laufzeit von über einem Jahr vergeben worden, 1963 nur 11%.

## Realkreditinstitute 1963

Seite 233

Der Erstsatz von Schuldverschreibungen der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute stellte sich 1963 auf 146 Mill. DM und war damit bedeutend niedriger als 1962 (263 Mill. DM). Die Hoffnungen auf eine weitere Belebung der schleswig-holsteinischen Emissionen haben sich - nach den hohen Erstverkäufen im vorangegangenen Jahr - also nicht erfüllt. - Unter den 1963 in Schleswig-Holstein nachgefragten Schuldverschreibungen waren Hypothekendarlehen im Werte von 98 Mill. DM. Außerdem wurden für 40 Mill. DM Kommunalobligationen abgesetzt; die Nachfrage nach Schiffspfandbriefen war mit 9 Mill. DM besonders gering. - Wie im Bundesgebiet, so hat sich auch in Schleswig-Holstein die 6%ige Schuldverschreibung weiterhin behauptet. Der Absatz der mit einer anderen Verzinsung ausgestatteten Stücke machte 1963 nicht einmal 1% des gesamten Erstsatzes aus. - Die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute lösten 1963 für 32 Mill. DM Schuldverschreibungen, die sie in früheren Jahren abgesetzt hatten, ein. Der Umlauf an Kommunalobligationen wurde um 20 Mill. DM, der der Hypothekendarlehen um 10 Mill. DM und der der Schiffspfandbriefe um 2 Mill. DM herabgesetzt. - Der Umlauf an Schuldverschreibungen erhöhte sich in Schleswig-Holstein auf Grund des relativ niedrigen Erstsatzes nur um 12% auf 1 Mrd. DM. - Im Laufe des Jahres 1963 wurden von den schleswig-holsteinischen Realkreditinstituten 331 Mill. DM neu ausgeliehen. Der Bestand an langfristigen Krediten belief sich Ende 1963 nach einer Zunahme von 16% auf 2,5 Mrd. DM. Unter ihnen waren 639 Mill. DM, die als durchlaufende Mittel weitergeleitet wurden. Mehr als die Hälfte aller Neuausleihungen floß kommunalen Stellen und Reedereien zu.

## Studierende des "Lehramts an Gymnasien"

Seite 235

Von den 5 113 Studierenden (ohne Ausländer, Beurlaubte und Gasthörer), die im Wintersemester 1963/64 die Universität in Kiel besuchten, wollten 24% Studienrat werden. - Es gibt Studienfächer, die von den zukünftigen Studienräten bevorzugt werden. Zu diesen Fächern gehören Germanistik, Englisch und Geschichte. Im Winter 1963/64 ist jedes dieser drei Fächer von mehr als einem Viertel der Studierenden als Studienfach angegeben worden.

# Urlaubs- und Erholungsreisen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung im Jahre 1962

In den letzten Jahren hat die Zahl der Urlaubs- und Erholungsreisenden erheblich zugenommen. Dies beweisen u. a. die Ergebnisse der Fremdenverkehrsstatistik, durch die Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren laufend ermittelt werden. So ist die Zahl der Fremdenübernachtungen in Schleswig-Holstein seit 1956 von 6,8 Millionen um 68% auf 11,4 Millionen im Jahre 1963 angestiegen. Wenn auch ein Teil der Gäste aus geschäftlichen Gründen unterwegs war, so lassen die genannten Zahlen keinen Zweifel an dem gewaltigen Zuwachs, den der Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr erfahren hat.

Die erwähnten Ergebnisse aus der Fremdenverkehrsstatistik sagen nichts darüber aus, in welchem Maße die schleswig-holsteinische Bevölkerung selbst am Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr teilgenommen hat, insbesondere, welcher Teil der Bevölkerung derartige Reisen unternommen hat. Deshalb ist eine Erhebung angeregt worden, die über Umfang und Sozialstruktur dieses Bevölkerungsteiles Aufschluß geben sollte, der dazu beiträgt, daß der Fremdenverkehr heute zu einem bedeutenden Faktor in unserem Wirtschaftsleben geworden ist. Die Erhebung sollte ferner zeigen, welcher Art die unternommenen Erholungs- und Urlaubsreisen sind, wohin gereist wird, welche Verkehrsmittel benutzt werden und anderes mehr.

Die Zählung wurde erstmals in der Bundesrepublik einschl. Berlin (West) im Herbst 1962 zusammen mit der Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) durchgeführt. Durch besonders geschulte Interviewer wurde 1% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung danach gefragt, ob sie in der Zeit vom 1. Oktober 1961 bis zum 30. September 1962 Urlaubs- oder Erholungsreisen<sup>1</sup> unternommen hat. Die gleichzeitige Erhebung des eigentlichen Mikrozensus ermöglichte es, von den gereisten Personen auch verschiedene andere Angaben, z. B. Stellung im Beruf, Einkommen, Alter und Geschlecht, festzuhalten.

Insgesamt wurden in Schleswig-Holstein 22 500 Personen<sup>2</sup> befragt. Hiervon haben nur 24%

1) Eine Urlaubs-, Erholungs- oder Ferienreise im Sinne der Zählung ist eine Reise, die an einen Ort außerhalb der ständigen Wohnsitzgemeinde führte und mindestens 5 Tage dauerte. Verwandten- und Bekanntenbesuche sowie Ferlenaufenthalte der Kinder gelten ebenfalls als Urlaubs- und Erholungsreisen, nicht dagegen Geschäfts- oder Dienstreisen. Geschäftsreisen, die mit einer Erholungsreise verbunden sind, waren zu zählen, wenn 5 oder mehr Tage auf Urlaub, Erholung oder Kur entfielen

innerhalb des genannten Zeitraumes eine oder mehrere Urlaubsreisen unternommen. Dies entspricht bei einer Gesamtbevölkerung unseres Landes von 2,25 Millionen Personen etwa 1,7 Millionen, die nicht gereist sind, und etwa 550 000, die am Reiseverkehr teilgenommen haben. Auf einen Reisenden kamen also drei Personen, die nicht gereist sind. Die Reishäufigkeit in Schleswig-Holstein liegt damit geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt; für alle Länder des Bundesgebietes zusammen meldet das Statistische Bundesamt eine Quote von 26 Reisenden auf 100 Einwohner.

*Alle folgenden Zahlen sind von der Stichprobe "hochgerechnet", beziehen sich also auf die gesamte Bevölkerung. Sie stellen Schätzwerte dar, die je nach ihrer absoluten Größe mehr oder weniger zuverlässig sind.*

Von den Reisenden aus Schleswig-Holstein waren 46% männlich und 54% weiblich. Dieses Verhältnis entspricht etwa der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung. Die Reishäufigkeit verteilt sich also gleichmäßig auf Männer und Frauen. Das Bild ändert sich, sobald man die Reisenden danach gliedert, ob sie im Erwerbsleben stehen oder nicht.

Von 100	Erwerbspersonen	Nichterwerbspersonen
	reisten	
männlich	26	21
weiblich	31	22
alle	28	22

Erwerbspersonen unternehmen relativ häufiger Ferien-, Urlaubs- oder Erholungsreisen als Nichterwerbspersonen. Dies erklärt sich nur zum Teil aus den finanziellen Möglichkeiten, die den beiden Personenkreisen gegeben sind. Unter den Nichterwerbspersonen befinden sich zum großen Teil Kinder und Jugendliche, verheiratete Frauen, die nicht berufstätig sind, sowie Rentner und Pensionäre. Neben dem finanziellen Moment ist die geringere Reishäufigkeit dieses Personenkreises auch auf andere Gründe zurückzuführen. So ist zum Beispiel das Bedürfnis zu reisen bei alten Leuten einfach nicht in dem Maße vorhanden wie bei Erwerbstätigen, und Familien mit mehreren kleinen Kindern müssen häufig auf das Reisen überhaupt verzichten.

Eine Gliederung nach Altersgruppen vermittelt einen weiteren Einblick in den Kreis der Bevölkerung, aus dem sich die Reisenden zu-

2) 1 % der Bevölkerung. Hierin sind Soldaten und die in Kasernen und sonstigen Dienstunterkünften lebenden Angehörigen der Bereitschaftspolizei, des Bundesgrenzschutzes und des Zollgrenzdienstes nicht enthalten

Reisende nach Geschlecht und Altersgruppe

Altersgruppe in Jahren	Von 100 Personen haben am Erholungsreiseverkehr teilgenommen					
	Bevölkerung insgesamt			darunter Erwerbspersonen		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
0 - 5	12,9	13,9	13,4	-	-	-
6 - 13	24,9	24,6	24,7	-	-	-
14 - 17	30,8	32,0	31,4	.	.	(24,3)
18 - 24	27,8	35,9	31,6	25,5	37,5	30,5
25 - 44	27,9	29,9	29,0	28,0	32,6	29,5
45 - 64	25,0	23,8	24,3	25,9	24,7	25,5
65 und mehr	15,5	14,8	15,1	.	.	(15,5)
<b>Insgesamt</b>	<b>24,0</b>	<b>24,8</b>	<b>24,4</b>	<b>26,2</b>	<b>30,6</b>	<b>27,7</b>

In Klammern gesetzte Zahlen haben nur beschränkten Aussagewert; sie beruhen auf Angaben von weniger als 100 Personen. Aussagen, die auf Angaben von weniger als 50 Personen beruhen, werden in diesem Aufsatz nicht veröffentlicht

sammensetzen. Relativ am häufigsten unternehmen Personen zwischen 14 und 24 Jahren eine Urlaubs- oder Erholungsreise, und zwar insbesondere die jungen Frauen zwischen 18 und 24 Jahren. Von ihnen verreisten während des Erhebungszeitraumes 36% gegenüber nur 28% der jungen Männer der gleichen Altersgruppe. Noch deutlicher treten die typischen Unterschiede in dieser Altersgruppe hervor, wenn man speziell die Reisefreudigkeit der Erwerbspersonen betrachtet.

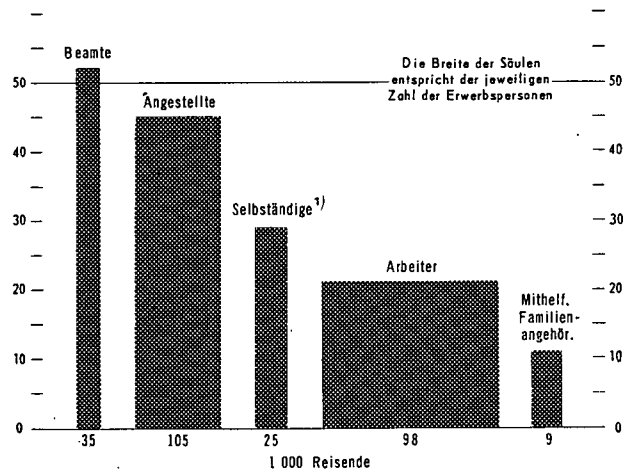
Die jungen berufstätigen Frauen reisen vergleichsweise noch häufiger als die berufstätigen Männer gleicher Altersgruppe. Der Unterschied ist wahrscheinlich überwiegend auf die verschiedenen finanziellen Möglichkeiten, die aus dem Familienstand herrühren, zurückzuführen. Die jungen erwerbstätigen Mädchen im Alter von 18 bis 24 Jahren, die noch nicht verheiratet sind, leben größtenteils bei ihren Eltern und müssen von ihrem Verdienst relativ wenig für den Lebensunterhalt abgeben. Jungverheiratete Ehefrauen, die mitarbeiten, gehören häufig zu einer Familie, in der beide Eheleute noch verdienen. Den ledigen jungen Männern derselben Altersgruppe sind natürlich ähnliche Möglichkeiten gegeben wie den jungen Frauen. Falls sie aber verheiratet sind, stehen sie vergleichsweise finanziell wesentlich schlechter da; denn nicht alle jungen Ehefrauen können noch mitarbeiten. Der Effekt wird also im wesentlichen dadurch bewirkt, daß es verhältnismäßig wenig erwerbstätige Frauen in dieser Altersgruppe gibt, die als Alleinverdiener ihre gesamte Familie ernähren. Ähnliches gilt übrigens in abgeschwächter Form auch für die Altersgruppe der 25- bis 44jährigen.

Mit steigendem Alter läßt die Reisefreudigkeit der Frauen erheblich, die der Männer nur zögernd nach; vom 45. Lebensjahr an reisen die Männer etwas häufiger als die Frauen. Kleinkinder reisen relativ am seltensten.

D-3436

Die Reishäufigkeit der Erwerbspersonen

Von 100 Erwerbspersonen der betr. Gruppe sind 1962 gereist:



<sup>1)</sup> ohne Landwirte

Die Stellung im Beruf bleibt für die erwerbstätigen Personen nicht ohne Einfluß auf ihre Reishäufigkeit, und zwar unabhängig von der Einkommenshöhe der Reisenden. Die Berufsgruppe, deren Angehörige in Schleswig-Holstein am häufigsten eine Urlaubs- oder Erholungsreise unternehmen, sind die Beamten. Während des Erhebungszeitraumes war durchschnittlich etwa jeder 2. Beamte verreist. Nicht viel seltener reisen die Angestellten, während die Selbständigen (ohne Landwirte) nicht so häufig am Urlaubsreiseverkehr teilnehmen.

Eine Aufgliederung der Reishäufigkeit nach Einkommensgruppen und der Stellung im Beruf beweist, daß die Möglichkeit zu reisen nicht nur vom Einkommen abhängt, sondern auch anderen Einflüssen unterliegt. Selbst in vergleichbaren Einkommensgruppen reisen z. B. Beamte und Angestellte häufiger als Selbständige. Die finanzielle Existenz ist eben bei Selbständigen viel eher gefährdet als bei Beamten und Angestellten. Insbesondere die Inhaber kleinerer und mittlerer Betriebe sind

Reisende nach der Stellung im Beruf und Einkommensgruppen

Einkommensgruppe in DM	Von 100 Erwerbstätigen haben am Reiseverkehr teilgenommen				
	insgesamt	davon			
		Selbständige <sup>1)</sup>	Beamte	Angestellte	Arbeiter
bis unter 150	27	.	.	37	22
150 " " 300	25	(26)	.	45	17
300 " " 600	27	19	44	45	21
600 " " 800	33	19	50	41	25
800 " " 1 200	47	32	57	54	(29)
1 200 " " 1 800	57	(49)	(70)	(60)	.
1 800 und mehr	(56)	(54)	.	.	-
<b>Zusammen</b>	<b>31</b>	<b>29</b>	<b>52</b>	<b>45</b>	<b>21</b>

<sup>1)</sup> ohne Landwirte und mithelfende Familienangehörige

hier im Nachteil; für sie ist häufig die Urlaubsreise nicht nur mit Kosten, sondern auch gleichzeitig mit einem erheblichen Verdienstausschlag verbunden. Arbeiter reisen relativ selten, und zwar auch in höheren Einkommensgruppen.

Nicht in der Tabelle enthalten sind die Landwirte. Für sie liegt eine Aufgliederung der Reisenden nach Einkommensgruppen nicht vor. Insgesamt sind von den Landwirten in der Zeit vom 1. 10. 1961 bis 30. 9. 1962 nur 4% auf eine Urlaubs- oder Erholungsreise gegangen. Neben den zeitlichen Schwierigkeiten, von der eigenen Scholle fortzukommen, spielen hier wohl auch die Lebensgewohnheiten eine erhebliche Rolle. Das zeigt auch die Aufgliederung nach der Wohnsitzgemeinde der Reisenden. In Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern verreisten durchschnittlich nur 12% der Bevölkerung gegenüber 24% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung im Gesamtdurchschnitt.

Infolge der unterschiedlichen Größe der einzelnen Gruppen stellen die Angestellten die größte Zahl der Reisenden, gefolgt von den Arbeitern, Beamten und Selbständigen. Die 274 500 erwerbstätigen Reisenden aus unserem Lande verteilten sich im Berichtszeitraum wie folgt:

Angestellte	104 900
Arbeiter	97 900
Beamte	34 600
Selbständige (einschl. Landwirte)	26 900
Mithelfende Familienangehörige	(8 800)
Ohne Angabe der Stellung im Beruf	
<b>Erwerbstätige Reisende</b>	<b>274 500</b>

Die 275 000 reisenden Nichterwerbstätigen setzen sich hauptsächlich aus Kindern, Ehefrauen und alten Leuten zusammen.

Insgesamt verreisten von der schleswig-holsteinischen Bevölkerung 550 000 Personen. Sie unternahmen während des Berichtszeitraumes rund 597 000 Reisen. 92% der Reisenden verreisten nur einmal, 7% konnten zweimal und 1% sogar dreimal eine Urlaubs- oder Erholungsreise unternehmen. Mehr als einmal im Jahr verreisten überwiegend die Nichterwerbstätigen. Hierzu sei bemerkt, daß als Urlaubs- und Erholungsreisen im Sinne der Zählung auch Verwandten- oder Bekanntenbesuche zählten sowie Verschickungen.

Von erheblichem Interesse ist die Frage nach den Reisezielen. Auslandsreisen sind von Schleswig-Holsteinern offenbar nicht so gefragt, wie dies häufig vermutet wird. Von den 597 000 Reisen führten nur 27% überwiegend in das Ausland, die übrigen 73% waren Inlandsreisen. Der Prozentsatz der Auslandsreisen liegt in Schleswig-Holstein allerdings weit unter den 39% für das gesamte Bundes-

gebiet. Die Schleswig-Holsteiner verreisen also verhältnismäßig selten ins Ausland, wenn man ihre Reishäufigkeit mit der der Bevölkerung des Bundesgebietes vergleicht, obwohl Schleswig-Holstein Grenzland ist.

In diesem Zusammenhang ist die allgemeine geographische Lage und die Grenzlage Schleswig-Holsteins zu den nördlichen Ländern von Bedeutung. Durch die Lage des Landes zwischen Nord- und Ostsee liegen ausländische Reiseziele, mit Ausnahme von Dänemark und Schweden, weit entfernt. Die in Schleswig-Holstein beliebten Reiseziele im südlichen Ausland (z. B. Österreich, Italien) sind nur zu erreichen, wenn man lange Anreisewege in Kauf nimmt. Dies bewirkt eine Verminderung der Zahl der Auslandsreisen. Die Reisen in den Norden üben auf die Bevölkerung/des nördlichsten Bundeslandes offensichtlich nicht den Reiz aus wie der Zug zum Süden. Dies beweisen folgende Zahlen:

<b>Auslandsreisen insgesamt (in 1 000)</b>	<b>163</b>
darunter nach	
Österreich	47
Dänemark	34
Italien	28
Schweiz	12
Frankreich	(7)
Spanien	(7)
Schweden	(6)

Mehr als 50% aller Auslandsreisen führten nach Österreich, Italien oder der Schweiz. Selbst das angrenzende Dänemark wird wesentlich weniger aufgesucht als Österreich. Bei der Wahl des Reisezieles spielen neben persönlichen Wünschen auch die Kosten für Unterbringung und Verpflegung eine Rolle. Österreich galt bisher stets als relativ billiges Reiseland.

Von den 435 000 Inlandsreisen führten 28% nach Schleswig-Holstein selbst. Ein erheblicher Teil der Reisenden blieb damit im eigenen Bundesland. Schleswig-Holstein ist also auch in den Augen der eigenen Bevölkerung ein beliebtes Reiseziel. Mit erheblichem Abstand folgen dann, nach der Häufigkeit geordnet, die Bundesländer Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.

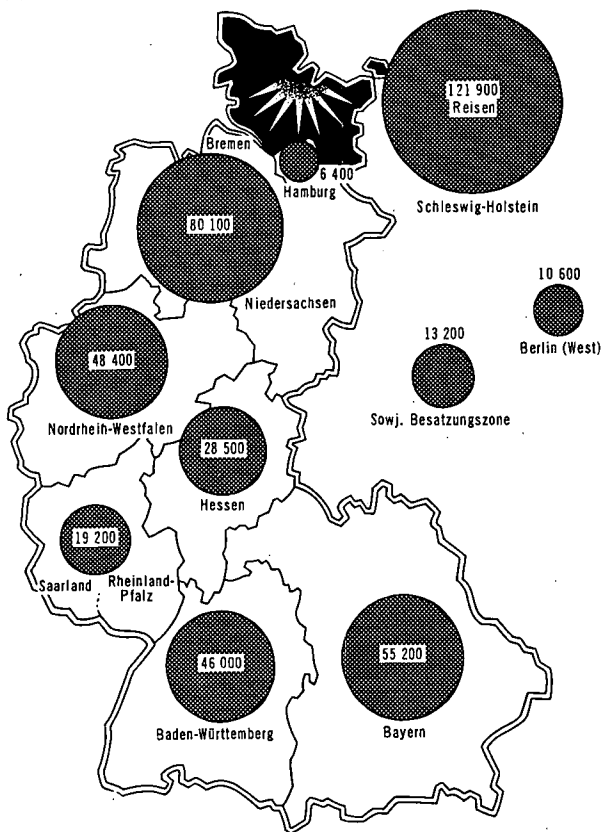
In die sowjetische Besatzungszone und Ost-Berlin führen nur 13 000 Urlaubs- und Erholungsreisende, die länger als 5 Tage fortblieben.

Die Auslandsreisenden sind überwiegend erwerbstätig. Dies mag damit zusammenhängen, daß Fahrten in das beliebte südliche Ausland mit erheblichen Reisekosten verbunden sind. Zum anderen sind auf Auslandsreisen Verwandten- oder Bekanntenbesuche seltener möglich als auf Inlandsreisen. Gerade diese Verwandten- oder Bekanntenbesuche



# Die Urlaubsreisen der Schleswig-Holsteiner im Inland 1962

D-3437



werden aber von Kindern und anderen nicht-erwerbstätigen Personen sehr häufig unternommen.

Angaben hierüber sind den Ergebnissen über die vorwiegend in Anspruch genommenen Unterkunftsarten der Reisenden zu entnehmen. Inlandsreisen zu Verwandten und Bekannten mit kostenloser Übernachtungsmöglichkeit sind häufiger als solche, auf denen in Beherbergungsbetrieben oder Privatquartieren abgestiegen werden muß. Im Ausland herrscht die Übernachtung im Beherbergungsbetrieb vor.

Unter den Reisenden, die mit einer Zeltausrüstung ihre Urlaubs- oder Erholungsreise

Urlaubs- und Erholungsreisen nach der Unterkunftsart  
- in 1 000 -

Vorwiegend in Anspruch genommene Unterkunftsart	Reisen insgesamt	davon	
		Inland	Ausland*
Beherbergungsbetrieb	105	53	52
Privatquartier gegen Entgelt	155	111	44
Unterkunft ohne Entgelt (Verwandten- u. Bekanntenbesuche)	202	174	27
Kuranstalt, Sanatorium	20	20	.
Ferien- und Erholungsheim	25	21	4
Zeltplatz	55	30	24
Sonstige	37	26	11
<b>Zusammen</b>	<b>597</b>	<b>435</b>	<b>163</b>

antreten sind häufiger Auslandsreisende als unter der Gesamtzahl aller Reisenden.

Aus der Zählung liegen auch Ergebnisse darüber vor, wie häufig die Reisenden für die Vorbereitung und die Abwicklung ihrer Reise die Hilfe eines Veranstalters (z. B. eines Reisebüros) oder anderer Einrichtungen in Anspruch genommen haben. Der weitaus überwiegende Teil aller Reisenden trifft die Vorbereitungen für seine Reise selbst. 83% aller Reisen waren Einzelprivatreisen und nur 8% Gesellschaftsreisen. Der Rest kam auf Verschickungen, Einzelpauschalreisen und sonstige Reisearten. Untergliedert man die verschiedenen Reisearten nach Inlands- und Auslandsreisen, so ergibt sich folgendes Bild:

Urlaubs- und Erholungsreisen nach der Art der Reise

Art der Reise	Reisen insgesamt in 1 000	davon	
		Inland	Ausland
		in %	
<b>Reisen insgesamt</b>	<b>597</b>	<b>73</b>	<b>27</b>
davon			
Einzelprivatreisen	494	73	27
Gesellschaftsreisen	47	54	46
Verschickungen	30	98	2
Sonstige	26	71	29

Einzelprivatreisen gehen genauso häufig in das Inland und in das Ausland wie alle Reisen zusammen. Von den Gesellschaftsreisen dagegen ist fast jede zweite Reise eine Auslandsreise. Trotzdem herrscht auch unter den Auslandsreisen die Einzelprivatreise vor. 82% aller Auslandsreisen entfielen auf diese Reiseart. Verschickungen dagegen werden in das Ausland fast gar nicht durchgeführt.

Hinsichtlich der auf den Urlaubs- und Erholungsreisen benutzten Verkehrsmittel bestehen zwischen Inlands- und Auslandsreisen erhebliche Unterschiede. Auf Inlandsreisen ist die Eisenbahn das vorherrschende Verkehrsmittel, gefolgt vom eigenen Personenkraftwagen, dem fremden (z. B. dem gemieteten) Personenkraftwagen und dem Omnibus. Alle übrigen Beförderungsmittel (Schiff, Flugzeug, Motorrad u. a.) treten demgegenüber stark in den Hintergrund.

Urlaubs- und Erholungsreisen nach der Art der benutzten Verkehrsmittel - in % aller Verkehrsmittel -

Verkehrsmittel	Reisen insgesamt	Inlandsreisen	Auslandsreisen
Eisenbahn	46	50	34
Omnibus	6	7	5
Schiff	2	1	5
Flugzeug	1	.	(3)
Eigener Pkw	33	29	42
Fremder Pkw	1	11	10

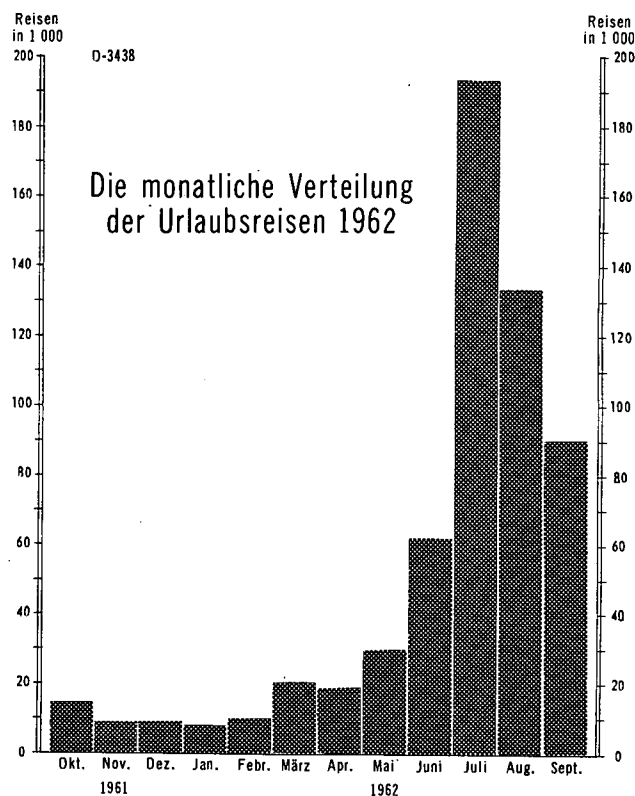
Auf Auslandsreisen wird am häufigsten der eigene Personenkraftwagen benutzt. Erst dann folgen Eisenbahn, fremder Personenkraftwagen, Schiff, Omnibus und Flugzeug.

Vergleicht man die benutzten Verkehrsmittel mit dem Einkommen der Reisenden, so stellt man Zusammenhänge fest. Die Eisenbahn wird häufig von Personen mit geringem oder mittlerem Einkommen benutzt, weniger von Reisenden mit höherem Einkommen. Der Anteil der Reisenden mit eigenem Pkw dagegen ist in den unteren Einkommensgruppen gering; er steigt mit zunehmendem Einkommen.

Von besonderer Bedeutung für die Unternehmen des Beherbergungsgewerbes ist die möglichst rationelle Ausnutzung der vorhandenen Beherbergungskapazität. Seit Jahren sind die Betriebe bemüht, das Stoßgeschäft im Fremdenverkehrsgewerbe abzubauen und die Saison zu verlängern, um zu einer gleichmäßigen Ausnutzung der vorhandenen Anlagen zu gelangen. Trotz dieser Bemühungen konzentriert sich auch heute noch der Reiseverkehr auf wenige Sommermonate, während für den größten Teil des Jahres die Einrichtungen, die dem Fremdenverkehr dienen, fast ungenutzt dastehen.

Die schleswig-holsteinische Bevölkerung verreist fast ausschließlich während des Sommerhalbjahrs. Winterreisen werden nur sehr selten unternommen. Insbesondere ballt sich der Reiseverkehr während des Monats Juli zusammen, in dem fast ein Drittel aller Reisen unternommen werden. Wer nicht wegen der Schulferien seiner Kinder oder Betriebsferien gezwungen ist, während der Monate Juli oder August zu verreisen, sollte dies daher vermeiden. In den Monaten Mai und Juni, aber auch im September, ist die Reisehäufigkeit erheblich geringer. Oftmals sind die Unterkünfte dann auch billiger.

Nur 12% der Reisen werden während des Winterhalbjahres unternommen, 88% im



Sommerhalbjahr. Für die einzelnen Monate wurden folgende Prozentsätze ermittelt:

Oktober	2,4 %	April	3,1 %
November u. Dezember	2,8 %	Mai	5,0 %
Januar	1,3 %	Juni	10,4 %
Februar	1,7 %	Juli	32,4 %
März	3,4 %	August	22,3 %
		September	15,0 %

Das geringe Übergewicht des März über den April ist nicht etwa auf das Osterfest zurückzuführen; das lag 1962 im April. In der Verteilung der Reisen auf die verschiedenen Monate ist zwischen Inlands- und Auslandsreisen kaum ein Unterschied festzustellen.

Dipl. - Volksw. Klaus Scheithauer

## Die Vertriebenen und die Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone am 6. Juni 1961

Schleswig-Holstein konnte nach dem Krieg nicht allen Vertriebenen und Flüchtlingen eine ausreichende Lebensgrundlage bieten. Zu schnell war die Bevölkerung angewachsen: von 1,6 Mill. Einwohnern im Jahre 1939 auf 2,6 Mill. im Jahre 1950. Schleswig-Holstein wurde daher im

Rahmen der staatlich gelenkten Umsiedlung eines der drei "Abgabeländer". Seit 1949 sind über 400 000 Vertriebene aus unserem Land in andere Bundesländer umgesiedelt worden. Daneben sind weitere Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone von hier

in andere Bundesländer abgewandert. Die Bevölkerungszahl fiel dadurch bis 1961 auf 2,3 Mill. Einwohner.

Trotz der starken Abwanderung leben noch 744 000 Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone in Schleswig-Holstein. Sie stellen damit ein Drittel der Bevölkerung. 686 000 von ihnen besitzen einen Vertriebenen- oder Flüchtlingsausweis, und zwar

630 000 einen Vertriebenenausweis A oder B  
(27% der Bevölkerung),

56 000 den Flüchtlingsausweis C  
(2% der Bevölkerung).

305 000 Einwohner (13%) zählen zu den "Deutschen aus der SBZ". Das sind die nach Kriegsende aus der sowjetischen Besatzungszone oder dem Sowjetsektor von Berlin Zugezogenen einschließlich der später geborenen Kinder. Von ihnen haben

190 000 einen Vertriebenenausweis A oder B,

56 000 den Flüchtlingsausweis C (= Sowjetzonenflüchtlinge),

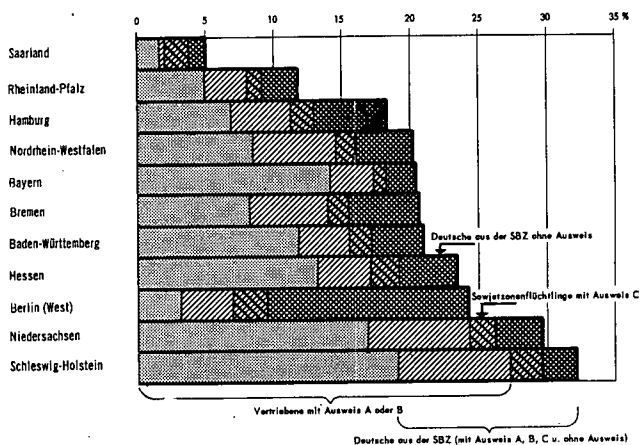
58 000 keinen dieser Ausweise.

Für die Anerkennung der Sowjetzonenflüchtlinge gelten strenge Vorschriften. Nach § 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist nur Sowjetzonenflüchtling, wer "geflüchtet ist, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen". Eine besondere Zwangslage ist nach § 3 vor allem bei einer unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit gegeben. Diese Zwangslage hat sich in der Sowjetzone für die Männer häufiger ergeben als für die Frauen<sup>1</sup>. In Schleswig-Holstein kommen auf 1 000 weibliche Sowjetzonenflüchtlinge 1 048 männliche, im Bund sogar 1 067.

Schleswig-Holstein hat von allen Bundesländern mit 27% den höchsten Vertriebenenanteil. An

0 3420

Vertriebene und Deutsche aus der SBZ  
am 6. 6. 1961 nach Bundesländern



1) siehe hierzu: "Die Vertriebenen und die Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin in Berlin (West) am 6. Juni 1961" in Berliner Statistik, 1964, Heft 3, S. 68

Vertriebene und Deutsche aus der SBZ am 6. Juni 1961

KREISFREIE STADT Kreis	Vertriebene und Deutsche aus der SBZ	davon		Deutsche aus der SBZ <sup>1</sup>
		Vertriebene mit Ausweis A oder B	SBZ-Flüchtlinge mit Ausweis C und Deutsche aus der SBZ ohne Ausweis	
% der Bevölkerung				
FLENSBURG	28,4	23,6	4,8	13,5
KIEL	26,1	20,5	5,6	12,9
LÜBECK	38,4	31,1	7,3	15,4
NEUMÜNSTER	32,1	27,3	4,9	12,5
Eckernförde	32,4	29,4	3,0	9,6
Eiderstedt	20,6	17,7	2,9	7,7
Eutin	39,5	33,7	5,8	16,6
Flensburg-Land	24,8	21,8	3,0	11,3
Hzgt. Lauenburg	42,1	34,5	7,6	17,1
Husum	20,2	18,1	2,1	8,2
Norderdithmarschen	27,5	24,5	3,0	10,0
Oldenburg (Holstein)	33,2	28,6	4,6	13,3
Pinneberg	36,0	30,7	5,3	15,5
Plön	31,8	27,4	4,4	13,0
Rendsburg	30,8	27,2	3,6	11,4
Schleswig	25,0	21,8	3,2	8,4
Segeberg	35,5	30,6	4,9	14,4
Steinburg	32,7	29,2	3,5	12,3
Stormarn	38,5	32,0	6,6	15,5
Süderdithmarschen	26,2	23,6	2,6	9,4
Südtondern	21,8	18,1	3,6	9,9
Schleswig-Holstein	32,1	27,2	4,9	13,1

1) Das sind die Inhaber des Ausweises C und die Deutschen aus der SBZ ohne Ausweis (Sp. 3) sowie diejenigen Inhaber des Vertriebenenausweises A oder B, die aus der SBZ zugezogen sind

zweiter Stelle folgt Niedersachsen mit 24% vor Bayern und Hessen mit 17%. Bei den Inhabern des Flüchtlingsausweises C und den Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone ohne Ausweis steht Schleswig-Holstein unter den Bundesländern mit 5% erst an achter Stelle, liegt jedoch nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 6%<sup>2</sup>.

Innerhalb des Landes zeigen sich große Unterschiede. In den Kreisen der Westküste und des Nordens kommen unter 100 Einwohnern meist weniger als 30 Vertriebene und Deutsche aus der SBZ vor. Im Kreis Husum sind es sogar nur 20. In den übrigen Kreisen erreichen sie z. T. erheblich höhere Anteile, besonders in den Kreisen nahe der Zonengrenze und Hamburg. Die meisten Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ unter der Bevölkerung finden sich im Kreis Hzgt. Lauenburg, und zwar 42 von 100 Einwohnern. Im Kreis Eutin sind es 40. Von den kreisfreien Städten weist Kiel mit 26% den niedrigsten und Lübeck mit 38% den höchsten Anteil auf. Auch die Teilgruppe "Deutsche aus der SBZ" kommt in den westlichen und nörd-

2) siehe hierzu: "Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin" in Wirtschaft und Statistik, 1963, Heft 12, S. 744

lichen Kreisen schwächer vor als in den anderen Kreisen.

Von den 744 000 in Schleswig-Holstein lebenden Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ sind 598 000 (80%) vor und nach Kriegsschluß in das Gebiet der Bundesrepublik zugezogen. 146 000 (20%) sind hier geboren. Die meisten der 598 000 Zugezogenen leben hier bereits seit 1947 oder früher.

Vertriebene und Deutsche aus der SBZ nach dem Zuzugsjahr am 6. Juni 1961

Jahr des Zuzugs in das Gebiet der Bundesrepublik	Vertriebene und Deutsche aus der SBZ (ohne nachgeborene Kinder)		davon waren			
			Vertriebene mit Ausweis A oder B nicht aus der SBZ		Deutsche aus der SBZ <sup>1</sup>	
	in 1 000	In %	in 1 000	In %	in 1 000	In %
bis Ende 1945 <sup>2</sup>	310	51,9	211	60,5	99	39,8
1946/47	168	28,0	105	30,0	63	25,2
1948/49	42	7,0	19	5,6	23	9,0
1950/51	16	2,6	4	1,1	12	4,9
1952/53	13	2,1	1	0,3	12	4,6
1954/55	13	2,2	1	0,3	12	4,9
1956/57	19	3,1	4	1,2	15	5,8
1958/59	11	1,9	3	0,8	8	3,4
1960/61	7	1,1	0	0,1	6	2,4
Insgesamt	598	100	349	100	250	100

1) vgl. Fußnote 1) zu Tabelle 1

2) einschl. "ohne Angabe des Zuzugsjahres"

Bei der Interpretation der Tabelle ist zu beachten, daß es sich hier nur um die zugezogenen Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ handelt, die am 6.6.1961 in Schleswig-Holstein lebten, also nur um einen Teil aller nach dem Kriege in den Westen geflüchteten Personen. Aus den hier veröffentlichten Zahlen darf demnach nicht auf die Stärke des gesamten Flüchtlingsstroms in den einzelnen Jahren geschlossen werden.

#### Begriffe und Methoden

Bei der Beurteilung der Zahlen der Vertriebenen und der Deutschen aus der SBZ, wie sie in den Ergebnissen der Volkszählung 1961 nachgewiesen werden, insbesondere beim Ver-

gleich mit den Zahlen aus anderen Erhebungen und mit Fortschreibungsergebnissen, ist folgendes zu berücksichtigen:

Als Vertriebene wurden nur solche Personen mit ihren Kindern erfasst, die den Besitz eines Bundesvertriebenenausweises A oder B angegeben hatten, kurz "Ausweis-Vertriebene".

Bei der Volkszählung 1950 waren dagegen alle Personen mit ihren Kindern als Vertriebene gezählt worden, die am 1. September 1939 einen Wohnsitz im Vertriebungsgebiet hatten, sogen. "Wohnsitz-Vertriebene". Dieses Wohnsitzprinzip wurde auch der Fortschreibung der Vertriebenen-zahlen zugrunde gelegt.

Da nicht alle Berechtigten einen Ausweis beantragt haben, muss die Zahl der bei der Volkszählung 1961 ermittelten "Ausweis-Vertriebenen" niedriger liegen als die fortgeschriebene Zahl der "Wohnsitz-Vertriebenen".

Deutsche aus der SBZ sind Personen mit ihren Kindern, die in der Haushaltsliste angegeben hatten, nach dem Kriege aus der sowjetischen Besatzungszone oder aus dem Sowjetsektor von Berlin in das Bundesgebiet zugezogen zu sein. Sie umfassen

die aus der SBZ zugezogenen Vertriebenen mit Ausweis A oder B, SBZ-Flüchtlinge mit Ausweis C und die Deutschen aus der SBZ ohne Ausweis A, B oder C.

Demgegenüber gehörten zum früher nachgewiesenen Personenkreis der Zugewanderten diejenigen Personen mit ihren Kindern, die am 1. September 1939 in der sowjetischen Besatzungszone oder in Gesamt-Berlin gewohnt hatten.

Bei den "Deutschen aus der SBZ" fehlen im Gegensatz zum bisherigen Personenkreis der "Zugewanderten" die aus Berlin (West) Zugezogenen sowie die während des Krieges ins Bundesgebiet Zugezogenen. Bei den "Deutschen aus der SBZ" mitefasst sind dagegen zum Unterschied von den "Zugewanderten" die "Ausweis-Vertriebenen" (Inhaber eines Bundesvertriebenenausweises A oder B), die zunächst in der sowjetischen Besatzungszone aufgenommen worden waren.

Als Sowjetzonenflüchtlinge wurden solche Personen mit ihren Kindern erfasst, die den Besitz eines Bundesflüchtlingsausweises C angegeben hatten. Dieser Personenkreis ist sowohl in der Zahl der "Zugewanderten" nach der Volkszählung 1950 und nach der Fortschreibung als auch in der der "Deutschen aus der SBZ" enthalten. Die "Sowjetzonenflüchtlinge" sind nur bei der Volkszählung 1961 gesondert erfasst worden.

Gewisse Unterschiede ergeben sich auch bei der Einbeziehung des Saarlandes durch Sonderregelungen, die bei den Zählungen bzw. bei der Fortschreibung erforderlich waren.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

## Übertragbare Krankheiten 1963

Vonden nach dem Bundesseuchengesetz meldepflichtigen Krankheiten tritt die Lungentuberkulose alljährlich immer noch am häufigsten auf. 1963 wurden den Gesundheitsämtern rund 2 500 Erkrankungen bekannt, im ganzen gut 7% weniger als im Jahr davor. Unter 100 000 Einwohnern wurden durchschnittlich 109 Personen

von einer Tuberkulose der Atmungsorgane befallen oder von den Ärzten als Kranke ermittelt.

Neben der Tuberkulose ist Scharlach sehr weit verbreitet. Im Berichtsjahr wurden über 1 100 Krankheitsfälle gemeldet. Damit war die Zahl der Infektionen um etwa 3% höher als 1962.

Auch von 1961 auf 1962 war eine leichte Zunahme festzustellen. Langfristig haben die Scharlacherkrankungen jedoch außerordentlich abgenommen. 1954 waren weit über 3 000 Fälle entdeckt worden. Auf 100 000 Einwohner kamen 1963 in Schleswig-Holstein 47 Scharlachinfektionen.

An Diphtherie erkrankten 14 Personen, 1962 waren 11 Fälle gemeldet worden. Im Vergleich zu den Jahren 1945 und 1946, in denen jeweils rund 15 000 Erkrankungen auftraten, sind Diphtherieinfektionen ausgesprochen selten geworden. Auch vor 10 Jahren (1953) wurden noch über 600 Fälle gemeldet. Es sei aber darauf hingewiesen, daß die früher durch diese Krankheit besonders gefährdeten Kinder in den letzten Jahren zu einem großen Teil geimpft wurden und dadurch hinreichenden Infektionsschutz erhalten haben.

Der bereits für das Jahr 1962 festgestellte starke Rückgang der Erkrankungen an Kinderlähmung wurde auch 1963 wieder bestätigt. Seinerzeit hatte sich der Erfolg der ersten Schluckimpfung im Mai 1962 mit Lebendimpfstoff Typ I bereits darin gezeigt, daß die früher regelmäßig im Spätsommer zu beobachtende Häufung von Polio-Infektionen nicht eintraf. 1962 waren nur 26 Fälle von Kinderlähmung aufgetreten, nachdem im Jahre 1961 noch 192 Personen erkrankt waren. Seit 1933 waren in Schleswig-Holstein nur selten weniger als 50 Menschen pro Jahr von dieser Krankheit befallen worden. Das Jahr 1963 brachte aber mit nur 4 Erkrankungen die bisher überhaupt niedrigste Zahl von Infektionen (im Januar 1963 war gegen Erreger Typ I nachgeimpft worden, im Mai 1963 wurde gegen Typ II geimpft). Wenngleich alle vier Fälle paralytisch verliefen, d. h. tatsächlich zu Lähmungen führten, war im Berichtsjahr kein Sterbefall an Poliomyelitis zu beklagen (1962 endete eine Erkrankung tödlich).

Wie in jedem Jahr häuften sich auch 1963 in den Monaten Juni bis September die Fälle von Darminfektionen. Beinahe zwei Drittel aller Erkrankungen an Enteritis infectiosa, Ruhr, Unterleibstypus und Paratyphus traten in dieser Zeit auf. Im Vergleich zu 1962 lag die Zahl dieser Darmkrankheiten um mehr als zwei Drittel höher (352 gegenüber 211). Die meisten Erkrankungen dieser Gruppe entfielen auf die Enteritis (179 Fälle), dabei handelte es sich fast ausschließlich um Salmonellosen. Bakterielle Ruhr wurde in 22 Fällen diagnostiziert. Typhus in 57 und Paratyphus in 94 Fällen. Alle diese Krankheiten sind in der Häufigkeit des Auftretens seit etwa 15 Jahren rückläufig. Außerordentlich hohe Werte ergaben sich nur in den Jahren 1945 bis 1947, als beispielsweise über 5 000 Typhus- und nahezu 1 500 Paratyphusfälle von den Ärzten behandelt werden

mußten. Das letzte massierte Auftreten von Ruhrinfektionen wurde 1961 mit 201 Fällen beobachtet, wo es zu Häufungen in Heimen und Anstalten besonders in zwei Kreisen des Landes gekommen war. 1963 wurden - im Verhältnis zur Bevölkerungszahl - regionale Konzentrationen der Enteritis infectiosa in den Kreisen Steinburg (32 Fälle je 100 000 Einwohner) und Oldenburg (28) sowie von Paratyphus in Neumünster (44) und Eutin (17) festgestellt.

An übertragbarer Leberentzündung (Hepatitis) erkrankten im letzten Jahr 356 Menschen. Die Morbiditätsziffer lag mit 15 Fällen je 100 000 Einwohner um gut ein Fünftel niedriger als 1962 (19).

Übertragbare Hirnhautentzündung (Genickstarre) trat mit 93 Fällen etwa gleich häufig auf wie 1962 (97 Fälle). 51 Erkrankungen resultierten aus einer Meningokokken-Infektion, 10 davon führten zum Tode des Erkrankten. 3 Personen erkrankten und starben im vergangenen Jahr an infektiöser Encephalitis (Gehirnentzündung).

Erkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten 1962 und 1963

Krankheit	1962		1963	
	Anzahl	je 100 000 Einwohner	Anzahl	je 100 000 Einwohner
Brucellose				
Banq'sche Krankheit	15	0,3	8	0,3
Diphtherie	11	0,6	14	0,6
Enteritis infectiosa				
a) Salmonellose	52	7,3	172	7,3
b) übrige Formen	4	0,3	7	0,3
Botulismus	1	-	-	-
Übertragbare Gehirnentzündung	2	0,1	3	0,1
Übertragbare Hirnhautentzündung				
a) Meningokokken-Meningitis	39	2,2	51	2,2
b) übrige Formen	58	1,8	42	1,8
Hepatitis infectiosa	442	15,1	356	15,1
Kinderlähmung insgesamt	26	0,2	4	0,2
darunter paralytische Fälle	20	0,2	4	0,2
Leptospirose				
Weil'sche Krankheit	3	0,0	1	0,0
Malaria				
a) Ersterkrankung	3	0,1	3	0,1
b) Rückfall	-	0,0	1	0,0
Ornithose				
a) Psittacose	7	0,4	9	0,4
b) übrige Formen	2	0,1	2	0,1
Paratyphus A und B	71	4,0	94	4,0
Typhus abdominalis	53	2,4	57	2,4
Ruhr				
a) bakterielle Ruhr	28	0,9	22	0,9
b) Amöbenruhr	3	-	-	-
Scharlach	1 084	47,3	1 118	47,3
Toxoplasmose	4	0,2	4	0,2
Wundstarrkrampf	1	0,4	9	0,4
Aussatz	-	0,0	1	0,0
Fleckfieber	1	-	-	-
Trachom	-	0,1	3	0,1
Mikrosporidie	1	-	-	-

Ornithose wurde in 9 Fällen von Papageien und Sittichen auf Menschen übertragen, in weiteren 2 Fällen durch andere Vogelarten.

Von den gemeingefährlichen Krankheiten (Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Lepra, Pest, Pocken) wurde in Schleswig-Holstein ein Fall von Lepra bekannt. Dabei handelte es sich aber nicht um eine im Lande selbst aufgetretene Infektion, sondern um den Zuzug eines Erkrankten aus dem Ausland.

Eine Tetanusinfektion haben sich 1963 neun Personen zugezogen, vier von ihnen starben.

Wenngleich in 195 Fällen der Verdacht einer Erkrankung an Tollwut nach Berührung mit tollwutverdächtigen Tieren gemeldet wurde (1962: 138 Fälle), trat auch im vorigen Jahr kein tatsächlicher Fall einer Tollwuterkrankung bei Menschen auf.

Dipl. - Volksw. Klaus Komp

## Die Pkw-Dichte in den Kreisen und kreisfreien Städten

Die Autowelle hat sich auch im letzten Jahr in Schleswig-Holstein wieder kräftig fortgesetzt. Anfang 1964 waren in unserem Land 308 000 Personenwagen - darunter 20 000 Kombiwagen - zum Straßenverkehr zugelassen. Das waren 46 000 mehr als Anfang 1963. Einen solch starken Zugang hat es bei uns bisher nicht gegeben. In den beiden Jahren davor hatte sich der Pkw-Bestand um 39 000 und 36 000 Autos erweitert.

Anfang des Jahres entfielen auf 1 000 Einwohner in Schleswig-Holstein 130 Personenwagen. Das bedeutet umgekehrt, daß im Schnitt 8 Personen mit einem Auto auskommen mußten. Mit dieser Pkw-Dichte erreichte unser Land nicht ganz den Bundesdurchschnitt. Im Bundesgebiet belief sich der Bestand je 1 000 Einwohner auf 134 Autos. Die höchsten Pkw-Dichten hatten Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg zu verzeichnen. Dort kamen 150, 146 und 142 Personenwagen auf 1 000 Einwohner. Die niedrigsten Pkw-Dichten waren in Berlin (West) und im Saarland anzutreffen, wo 111 und 118 Personenautos je 1 000 Einwohner zugelassen waren. Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hatten etwa den gleichen Motorisierungsgrad wie Schleswig-Holstein.

Aus der zweiten Tabelle geht hervor, wie der Stand der Motorisierung Ende 1962 in den europäischen Nachbarländern aussah. An erster Stelle stand Schweden, dann kam Frankreich. Danach folgten auf annähernd gleicher Höhe Großbritannien, die Schweiz, die Bundesrepublik und Dänemark. Finnland, Italien und die Niederlande lagen am unteren Ende der Rangordnung. In Schweden waren so viele Personenwagen vorhanden, daß man damit die gesamte Bevölkerung auf einmal hätte befördern können. In den Niederlanden sowie in Italien und Finnland müßten dagegen alle vorhandenen Personenautos dreimal nacheinander eingesetzt werden um alle Einwohner mitnehmen zu können.

In den vier kreisfreien Städten und siebzehn Kreisen Schleswig-Holsteins ist der Motorisierungsgrad auch recht unterschiedlich. Näheren Aufschluß darüber gibt die dritte Tabelle. Sie zeigt auch, wie sich der Pkw-Bestand im letzten Jahrzehnt entwickelt hat. Die höchsten Pkw-Dichten sind seit Jahren in den Kreisen Eiderstedt, Flensburg-Land, Norderdithmarschen, Schleswig, Segeberg und Südtondern festzustellen. Dagegen lag die Pkw-Dichte in Lübeck und in den Kreisen Eckernförde, Rendsburg, Plön, Steinburg

Pkw-Bestand und Pkw-Dichte in den Bundesländern am 1. 1. 1964

Bundesland	Pkw-Bestand in 1 000	Pkw auf 1 000 Einwohner	Einwohner je Pkw
Schleswig-Holstein	308	130	7,7
Hamburg	278	150	6,7
Niedersachsen	871	128	7,8
Bremen	93	129	7,8
Nordrhein-Westfalen	2 143	131	7,6
Hessen	732	146	6,8
Rheinland-Pfalz	449	128	7,8
Baden-Württemberg	1 153	142	7,0
Bayern	1 344	136	7,3
Saarland	131	118	8,5
Berlin (West)	243	111	9,0
Bundesrepublik	7 735	134	7,5

Pkw-Bestand und Pkw-Dichte in ausgewählten europäischen Ländern Ende 1962

Land	Pkw-Bestand in 1 000	Pkw auf 1 000 Einwohner	Einwohner je Pkw
Schweden	1 424	188	5,3
Frankreich	7 786	164	6,1
Luxemburg	42	130	7,7
Großbritannien	6 574	123	8,1
Schweiz	667	119	8,4
Bundesrepublik	6 758	118	8,5
Dänemark	547	118	8,5
Belgien	915	99	10,1
Norwegen	322	88	11,4
Österreich	557	79	12,7
Niederlande	730	61	16,3
Italien	3 007	59	17,0
Finnland	259	57	17,5

und Hzt. Lauenburg während der letzten zehn Jahre immer unter dem Landesdurchschnitt. Einige Kreise hatten zwar zu Beginn des betrachteten Jahrzehnts eine überdurchschnittlich hohe Motorisierung aufzuweisen, diese wuchs dann aber langsamer und fiel dadurch schließlich unter den Durchschnitt. Hierzu gehören die kreisfreien Städte Kiel, Flensburg und Neumünster. Genau umgekehrt verlief die Autowelle in den an Hamburg grenzenden Kreisen Stormarn und Pinneberg. Hier hatte die Pkw-Dichte bis 1958 unter dem Landesdurchschnitt gelegen. Seitdem rangierte sie dann jedoch immer darüber. Am stärksten war der Aufschwung der Motorisierung im Kreis Stormarn. Mitte 1953 kamen dort auf 1 000 Einwohner nur 13 Personenautos, Mitte 1963 hingegen 131. Die Pkw-Dichte hat sich dort also verzehnfacht. In ganz Schleswig-Holstein stieg sie in der gleichen Zeit auf das 6,8fache.

Die kreisweisen Unterschiede der Pkw-Dichte sind zum Teil beachtenswert. So entfielen Mitte 1963 in Lübeck nur 110 Personenautos auf 1 000 Einwohner, in Kreis Segeberg dagegen 145. Mithin mußten sich in Lübeck neun Personen ein Auto teilen, während in Kreis Segeberg mit einem Wagen nur 7 Personen auskommen mußten. Die relativ geringe Motorisierung Lübecks wirkt sich im Gesamtbild soweit aus, daß Lübeck zwar nach der Einwohnerzahl am zweitgrößten ist, aber nach der Zahl der zugelassenen Personenwagen erst hinter Kreis Pinneberg an dritter Stelle steht. Mitte 1963 waren in Lübeck

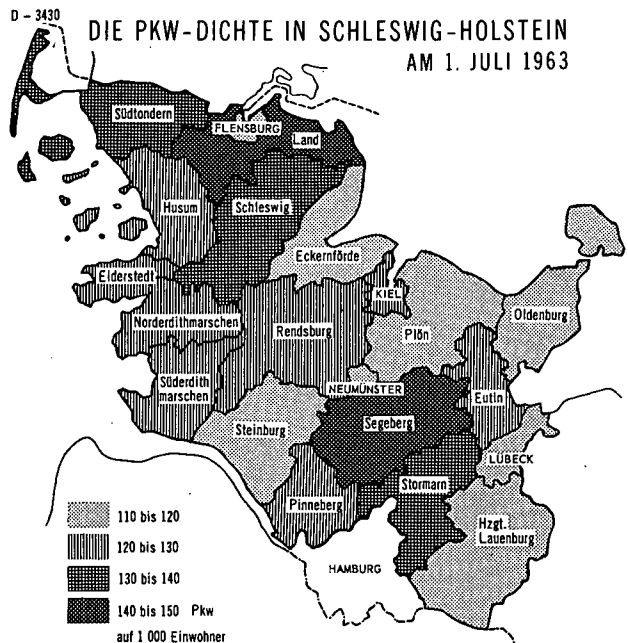
26 000 Personenautos für den Straßenverkehr zugelassen, im Kreis Pinneberg hingegen annähernd 28 000. In Flensburg war die Pkw-Dichte mit 117 Autos je 1 000 Einwohner um 25 niedriger als in Flensburg-Land. Die Landeshauptstadt Kiel war zwar von den vier kreisfreien Städten am stärksten motorisiert, ihre Pkw-Dichte lag aber trotzdem noch leicht unter dem Landesdurchschnitt.

Leider reichen die statistischen Unterlagen nicht aus, um die Ursachen für die in den Kreisen festgestellten Unterschiede in der Motorisierung aufzuzeigen. Man kann höchstens einige Hinweise geben. Zunächst bietet sich als einfache Erklärung an, daß vermutlich die "reichen" Kreise stärker und die "armen" Kreise schwächer motorisiert seien. Wenn man jedoch den Reichtum der Kreise an den Einkommen ihrer Einwohner mißt, wird die vermutete Begründung nicht bestätigt. Gerade in den Kreisen mit einer hohen Pkw-Dichte, wie Flensburg-Land, Südtondern, Eiderstedt, Norderdithmarschen, Schleswig und Segeberg, liegt das durchschnittlich versteuerte Einkommen weit unter dem Landesdurchschnitt, während es in den kreisfreien Städten, die nicht so stark motorisiert sind, mit am höchsten ist.

Bei der Nachfrage nach Personenautos in einem bestimmten Bezirk kommt es weniger auf das durchschnittliche Einkommensniveau an als vielmehr auf die Einkommensstruktur. Entscheidend für die effektive Pkw-Nachfrage ist der Anteil der Familieneinkommen, die eine Anschaffung und Unterhaltung eines Wagens erlauben. Leider gibt es keine Unterlagen über die Streuung der Familieneinkommen in unseren Kreisen. Sonst könnte man vielleicht nachweisen, daß ein hoher Motori-

Pkw-Bestand und Pkw-Dichte in den Kreisen  
- jeweils am 1. Juli -

KREISFREIE STADT — Kreis	Pkw-Bestand in 1 000		Pkw auf 1 000 Einwohner		Anstieg der Pkw- Dichte auf das ...fache
	1953	1963	1953	1963	
FLensburg	1,9	11,3	20	117	5,8
KIEL	5,3	32,5	20	120	6,2
LÜBECK	4,0	26,0	17	110	6,5
NEUMÜNSTER	1,3	8,6	18	115	6,7
Eckernförde	1,3	7,6	17	116	5,9
Eiderstedt	0,5	2,5	21	129	5,2
Eutin	1,7	11,0	18	121	6,5
Flensburg-Land	1,4	9,5	20	142	7,0
Hzt. Lauenburg	2,2	16,0	16	119	7,3
Husum	1,2	7,9	18	123	6,4
Norderdithmarschen	1,5	7,4	23	127	4,8
Oldenburg (Holstein)	1,5	9,4	17	116	6,2
Pinneberg	3,0	27,7	16	122	9,3
Plön	1,8	13,0	15	117	7,4
Rendsburg	2,7	19,4	16	121	7,1
Schleswig	2,3	12,8	21	130	5,5
Segeberg	1,9	14,3	20	145	7,4
Steinburg	2,2	14,1	16	114	6,3
Stormarn	1,8	19,6	13	131	10,6
Süderdithmarschen	1,7	8,9	20	123	5,2
Südtondern	1,1	8,2	19	130	7,2
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>42,4</b>	<b>287,8</b>	<b>18</b>	<b>122</b>	<b>6,8</b>



# Bevölkerungsveränderung

in den Städten, amtsfreien Gemeinden und Ämtern  
von der Volkszählung 1961 bis Ende 1963

N O R D S E E

O S T S E E

Vom Stichtag der Volkszählung 1961 bis Ende 1963, also in gut zweieinhalb Jahren, ist die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins um 58 000 Personen gestiegen. Von der Zunahme stammten 60% aus dem Geburtenüberschuß und 40% aus dem Wanderungsgewinn. Am 31. Dezember 1963 lebten hier 2,38 Mill. Menschen.

Geburtenüberschüsse wurden für sämtliche Kreise registriert, während die Wanderungsbewegung in einigen Kreisen negative Salden ergab. Den höchsten Wanderungsverlust hatte die Stadt Kiel, gefolgt von Flensburg und Neumünster. Unter den Landkreisen hatten nur Schleswig, Süderdithmarschen und Eiderstedt mehr Fortzüge als Zuzüge zu verzeichnen.

Besonders hohe Wanderungsgewinne hatte wieder der Südteil des Landes im Einzugsbereich Hamburgs. Hier hatten nur im Kreis Segeberg die Umzüge innerhalb Schleswig-Holsteins einen beachtlichen Anteil (fast 50% des Wanderungsgewinns stammte aus der Binnenwanderung). In den Kreisen Pinneberg, Stormarn und Hztg. Lauenburg lag das Hauptgewicht bei den Zuzügen über die Landesgrenze. In diesen drei Kreisen konzentrierten sich in dem beobachteten Zeitraum drei Viertel des gesamten Wanderungsgewinns Schleswig-Holsteins.

Ein Vergleich mit den Bevölkerungsveränderungen in der Periode 1956-1961 (Grafik des Monats September 1962) zeigt einige markante Unterschiede. So hatten die Städte Kiel, Flensburg, Rendsburg, Schleswig und Neumünster seinerzeit noch eine Erhöhung der Einwohnerzahlen zu verzeichnen, für 1961-1963 ergaben sich aber Bevölkerungsverluste, allerdings zum größten Teil zu Gunsten der angrenzenden Gemeinden. Im ganzen streuen die Städte, Ämter und Gemeinden mit Bevölkerungszunahmen etwas gleichmäßiger über das Land. Es sind weniger Einheiten mit rückläufiger Einwohnerzahl festzustellen, in größerer Häufung lediglich in Ostholstein, in den Elbmarschen sowie in Angeln und Eiderstedt. Starke Bevölkerungszunahmen sind - abgesehen von den Gemeinden im Hamburger Raum und dem Umland der Städte - wieder in Industriegemeinden und ihrer Umgebung (z. B. Trappenkamp, Wahlstedt), an Standorten der Bundeswehr sowie auf den Inseln registriert worden.



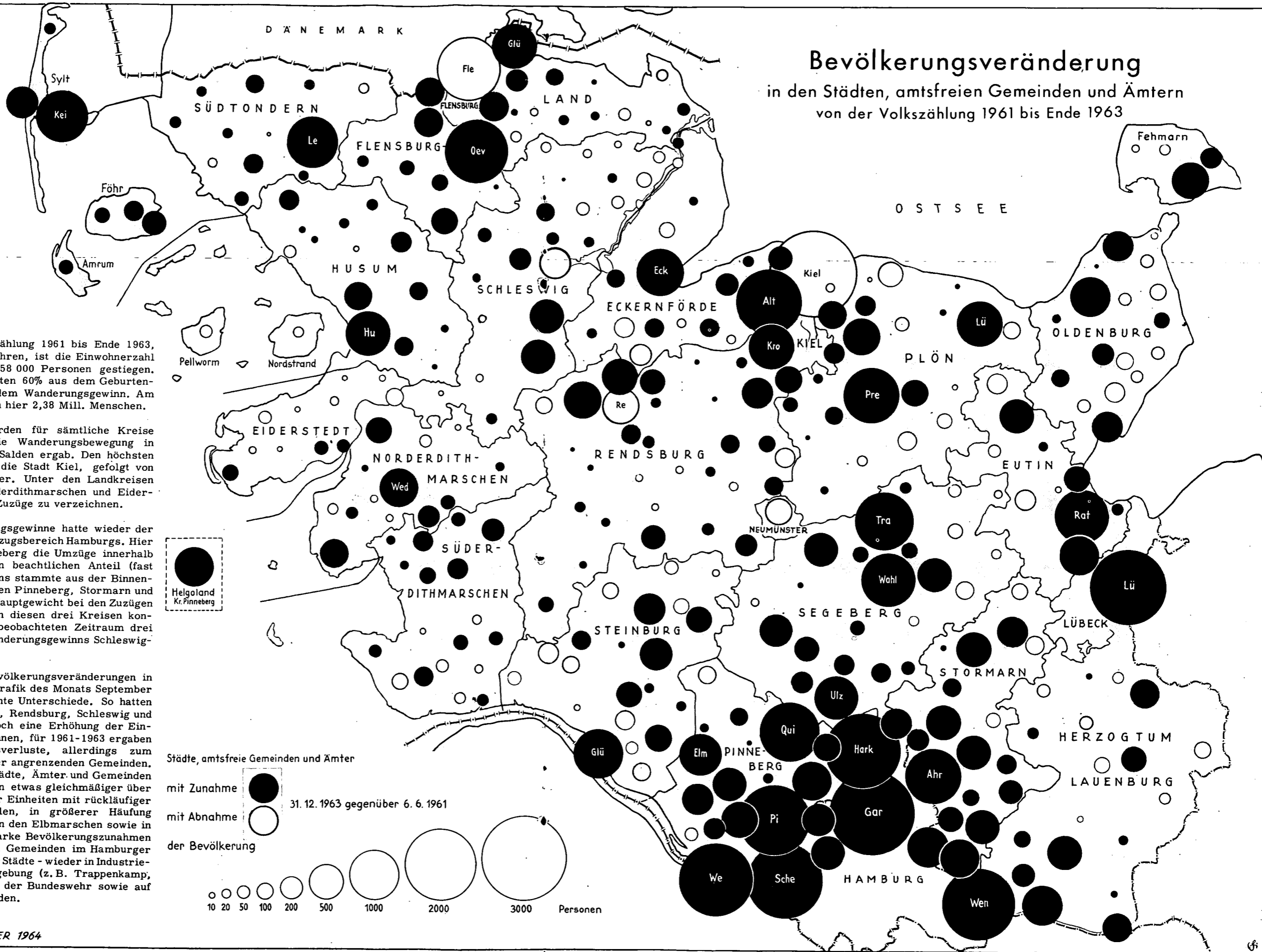
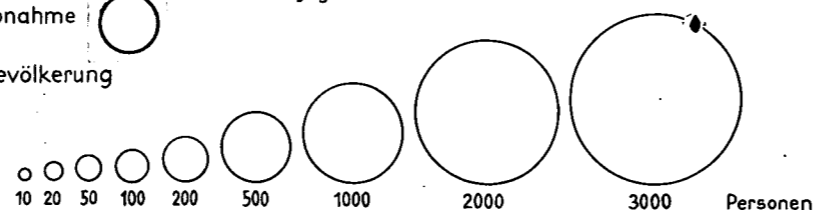
Städte, amtsfreie Gemeinden und Ämter

mit Zunahme

mit Abnahme

der Bevölkerung

31. 12. 1963 gegenüber 6. 6. 1961





sierungsgrad mit einer günstigen Einkommensstruktur einhergeht.

Neben der Einkommensstruktur spielen auch die Bevölkerungsstruktur und vor allem die Verkehrsverhältnisse für die Pkw-Nachfrage eine wichtige Rolle. Ältere Menschen haben viel seltener ein Auto als junge. Selbständige sind vorläufig noch bedeutend stärker motorisiert als Arbeitnehmer. Infolge der anhaltend stürmischen Motorisierung<sup>1</sup> mag dieser Vorsprung allerdings in nicht allzu langer Zeit aufgeholt sein. Jedenfalls waren Mitte 1963 in den am stärksten motorisierten Kreisen im Verhältnis auch fast immer die meisten Selbständigen anzutreffen. - Berücksichtigt man bei den Bestimmungsfaktoren der Pkw-Nachfrage auch die vom Bedarf herrührenden Impulse, so ergibt sich ein weiterer Hinweis für die hohe Pkw-Dichte in den Kreisen Eiderstedt, Flensburg-Land, Norderdithmarschen, Schleswig, Segeberg und Südtondern. In diesen Gegenden sind die Verbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln naturgemäß viel ungünstiger als in den kreisfreien Städten und deren Umgebungen. Der ab 1958 beschleunigte Aufschwung der Motorisierung in den an Hamburg grenzenden Kreisen Stormarn und Pinneberg rührt sicherlich daher, daß sich dort mit zunehmendem Pendelverkehr die Einkommensverhältnisse

verbesserten und gleichzeitig der Verkehrsbedarf wuchs.

Bei Errechnung der Pkw-Dichte wird die Zahl der Personenautos eines Bezirkes zur Einwohnerzahl dieses Bezirkes in Beziehung gesetzt. Die Pkw-Dichte sagt demnach nur etwas über die durchschnittliche Versorgung der Einwohner mit Personenwagen aus. Sie gibt keine Auskunft darüber, in welchem Maße das Straßennetz durch die vorhandenen Autos belastet wird oder maximal belastet werden könnte. Ein Maß hierfür ist die sogenannte "Verkehrsdichte". Bei ihrer Berechnung wird die Zahl der Autos auf die Länge der öffentlichen Straßen bezogen. Aus der Tabelle geht hervor, wie stark die Verkehrsdichte in den Kreisen unseres Landes variiert. Am meisten mit Personenwagen belastet ist das Kieler Straßennetz. Hier kamen Mitte 1963 im Schnitt 84 Personenautos auf einen Kilometer öffentliche Straße. Was das bedeutet, veranschaulicht man sich am besten, indem man sich vorstellt, daß alle in Kiel zugelassenen Personenautos gleichzeitig zweiseitig hintereinanderfahren. Bei dieser Autokolonne würden für jeden Wagen nur noch 24 m zur Verfügung stehen. Veranschlagt man als durchschnittliche Pkw-Länge 4 m, so blieben als Abstand 20 m übrig. Das entspricht etwa dem Bremsweg für eine Geschwindigkeit von 50 km pro Stunde. Hierbei ist die für die Schrecksekunde verloren gehende Reaktionsstrecke von etwa 14 m nicht mitgerechnet. Wenn man außerdem bedenkt, daß bei der hier berechneten Verkehrsdichte nur die in Kiel zugelassenen Personenautos in Betracht gezogen wurden, wird annähernd deutlich, wie stark das Straßennetz einer Großstadt wie Kiel schon von den in der Stadt selbst vorhandenen Kraftfahrzeugen belastet werden kann. Wenn man die gleichen Annahmen für ganz Schleswig-Holstein macht, bliebe ein durchschnittlicher Sicherheitsabstand von 150 m.

Beachtenswert ist, daß die Städte Flensburg und Neumünster eine größere Verkehrsdichte aufzuweisen hatten als Lübeck. Das hängt - abgesehen von der geringen Pkw-Dichte Lübecks - damit zusammen, daß Lübeck von den vier kreisfreien Städten bei weitem über die größte Fläche und damit auch über das umfangreichste Straßennetz verfügt. Nach den kreisfreien Städten waren die höchsten Verkehrsdichten in den an Hamburg grenzenden Kreisen Pinneberg und Stormarn sowie in den Kreisen Steinburg und Eutin anzutreffen. Die geringsten Verkehrsdichten hatten außer Flensburg-Land, die Kreise Südtondern, Eiderstedt und Eckernförde zu verzeichnen.

Die Pkw-Verkehrsdichte in den Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Pkw-Bestand am 1. 7. 1963 in 1 000	Gesamt- länge der öffentlichen Straßen in km	Zahl der Pkw auf 1 km (Sp. 1: Sp. 2)
FLENSBURG	11,3	180	63
KIEL	32,5	390	84
LÜBECK	26,0	510	51
NEUMÜNSTER	8,6	150	60
Eckernförde	7,6	1 090	7
Eiderstedt	2,5	370	7
Eutin	11,0	890	12
Flensburg-Land	9,5	1 590	6
Hzgt. Lauenburg	16,0	1 590	10
Husum	7,9	1 030	8
Norderdithmarschen	7,4	730	10
Oldenburg (Holstein)	9,4	1 120	8
Pinneberg	27,7	1 140	24
Plön	13,0	1 650	8
Rendsburg	19,4	2 010	10
Schleswig	12,8	1 670	8
Segeberg	14,3	1 730	8
Steinburg	14,1	1 180	12
Stormarn	19,6	1 340	15
Süderdithmarschen	8,9	920	10
Südtondern	8,2	1 270	6
Schleswig-Holstein	287,8	22 550	13

1) Vergleiche auch: "Die Autowelle in Schleswig-Holstein", In Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 245 (August)

# Das Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein und dem Bund 1958-1963

In den zurückliegenden Jahren gehörte das Bauhauptgewerbe zu den Wirtschaftsbereichen, die von anhaltend guter Konjunktur getragen, nicht nur voll beschäftigt waren, sondern zeitweise und in bestimmten Sparten deutliche Anzeichen von Überbeschäftigung zeigten, mit daraus resultierendem Mißverhältnis von Angebot an Bauleistungen und Nachfrage nach Bauleistungen, was sich in Preissteigerungen sowohl auf der Kostenseite (Löhne) als auch auf der Erlösseite (Preise für Bauleistungen) niederschlug. Der Preisindex für Bauleistungen an Wohngebäuden stieg von 1958 bis Ende 1963 um etwas mehr als 40%; die Erzeugerpreise industrieller Produkte für den Inlandsabsatz erhöhten sich demgegenüber nur um knapp 4%. Die Effektivlöhne stiegen in der gleichen Zeit um 58%.

Von diesem Hintergrund aus ist auch die Beschäftigtenzunahme zu sehen, die in Schleswig-Holstein von 1958 bis 1963 über 12 000 Personen betrug (+ 22%). Im Bund erhöhte sich der Beschäftigtenstand sogar noch etwas kräftiger (+ 25%). Die Beschäftigtenzahlen nahmen zu, während die Zahl der Betriebe im Bund etwas wuchs (+ 7%) und in Schleswig-Holstein leicht abnahm (- 7%). Der vermehrte Einsatz von Arbeitskräften konnte das infolge fast kontinuierlicher Arbeitszeitverkürzung tendenziell sinkende Arbeitsvolumen gerade kompensieren: In Schleswig-Holstein lag die Summe der Arbeitsstunden im Jahre 1963 nur um ein Prozent höher als 1958; im Bund war die Situation etwas günstiger (+ 7%). Das Schwergewicht der Bauleistungen, das 1958 noch beim Wohnungsbau gelegen hatte, verlagerte sich zunehmend auf öffentliche Bauten einschließlich Verkehrsbauten: In Schleswig-Holstein wurden 1958 mehr als vier Zehntel (45%) aller Arbeitsstunden für Wohnungsbauten geleistet, für öffentliche und Verkehrsbauten waren es knapp vier Zehntel (39%). Bis einschließlich 1963 verringerte sich der Anteil des Wohnungsbaues auf 42%; gleichzeitig erhöhte sich der Anteil des öffentlichen und Verkehrsbaues auf ebenfalls 42%. Im Bund war die Entwicklung noch etwas ausgeprägter. Von 1958 bis 1963 ging der Anteil des Wohnungsbaues von 46% der geleisteten Arbeitsstunden auf 39% zurück, der Anteil der öffentlichen und Verkehrsbauten stieg von 31% im Jahre 1958 auf über 38%.

Neben dem Faktor Arbeitskraft, der trotz Mechanisierung im Baugewerbe noch immer die entscheidende Rolle spielt, ist die Ausstattung der Baubetriebe mit Maschinen und Geräten, kurz der Faktor Kapital, für die Erstellung von Bauleistungen ausschlaggebend. Steigende Bauleistungen sind nur zu erreichen, wenn einer

dieser Faktoren in seiner Leistungsfähigkeit nennenswert erhöht wird. Wie schon bereits angedeutet, hat sich die Leistung des Faktors Arbeitskraft in den betrachteten Jahren verringert; die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden eines Beschäftigten ist von 2 018 im Jahre 1958 auf 1 671 im Jahre 1963 gesunken. Diese Verringerung ist durch die zunehmende Verwendung des Faktors Kapital aufgehoben bzw. es ist sogar eine Erhöhung der Bauleistungen eingetreten. Die Ausstattung der Bauunternehmen mit Geräten und Maschinen wird am Ende dieser Darstellung noch besonders behandelt werden. Hier nur ein Blick auf die Entwicklung der Produktion von Maschinen für die Bauwirtschaft: Von 1958 bis 1963 stieg die Produktion in Schleswig-Holstein von 4 500 t auf 13 100 t bzw. um 194%, im Bundesgebiet waren es 1958 156 000 t und 1963 mehr als 340 000 t; die Zuwachsrate belief sich auf rund 120%.

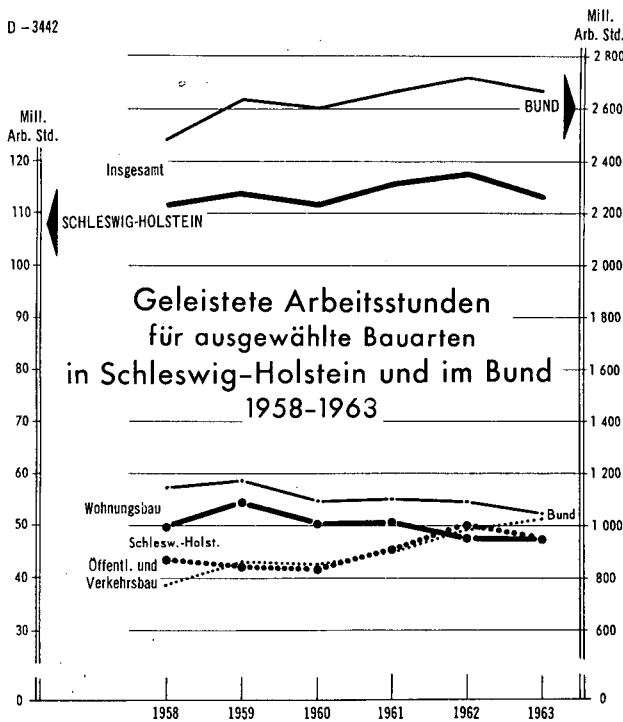
## Beschäftigte

In dem betrachteten Zeitraum hat nicht nur in Schleswig-Holstein sondern auch im Bundesgebiet die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe von Jahr zu Jahr nahezu gleichmäßig zugenommen. Bis 1962 sind keine nennenswerten Unterschiede in der Entwicklung zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet festzustellen, erst im letzten Jahr war die Zunahme der Beschäftigten im Bundesgebiet etwas lebhafter als in Schleswig-Holstein.

Unter den 67 500 Beschäftigten waren 1963 2 600 tätige Inhaber, 3 600 kaufmännische und technische Angestellte einschließlich Lehrlinge, 33 700 Facharbeiter und 23 600 Helfer und Hilfsarbeiter. Die Entwicklung der einzelnen Kategorien zeigt einige Unterschiede: Mit rückläufiger Betriebszahl hat auch die Zahl der tätigen Inhaber von 1958 bis 1963 um etwa ein Zehntel abgenommen. Demgegenüber stieg die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten einschließlich der Lehrlinge im gleichen Zeitraum um 42%, die Facharbeiter waren um 38%, Helfer und Hilfsarbeiter nur um 20% mehr als 1958 vorhanden. Besonderes Interesse dürfte die Entwicklung der Lehrlingszahlen beanspruchen. Im Jahresdurchschnitt 1958 waren noch 5 800 Lehrlinge im Bauhauptgewerbe vorhanden, 1963 waren es ungefähr 2 000 Lehrlinge weniger, was einem Rückgang der Lehrlingszahlen um 33% entspricht.

## Arbeitsstunden

Während die Zahl der Beschäftigten in Schleswig-Holstein um 22%, im Bund um 25% anstieg, wuchs das Arbeitsvolumen in Schleswig-Hol-



stein nur geringfügig, und zwar um 1%, im Bund etwas stärker, um 7%. Im zeitlichen Verlauf hat die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Schleswig-Holstein im Jahre 1962 einen gewissen Höhepunkt erreicht. Damals wurden 117 Mill. Arbeitsstunden nachgewiesen, das waren 5% mehr als 1958. Im Bundesgebiet verlief die Entwicklung ähnlich, aber auf einem etwas höheren Niveau. Der Höhepunkt wurde hier ebenfalls 1962 erreicht, lag aber um 9% über dem Stand von 1958. Auch der von 1962 auf 1963 eingetretene Rückgang war im Bundesgebiet beträchtlich schwächer als in Schleswig-Holstein.

Das Schwergewicht der Bauleistung hat sich, wie schon angedeutet, vom Wohnungsbau auf den öffentlichen und Verkehrsbau verlagert. Im schleswig-holsteinischen Wohnungsbau wurden 1958 noch knapp 50 Mill. Arbeitsstunden geleistet, 1963 waren es nur noch 47,5 Mill. Stunden. Das entspricht einem Rückgang von 5%. Im Bundesgebiet war die Entwicklung noch etwas ausgeprägter; die für den Wohnungsbau geleisteten Arbeitsstunden waren 1963 um 9% niedriger als 1958. Die verringerte Zahl der Arbeitsstunden ist in erster Linie dem öffentlichen und Verkehrsbau zugute gekommen; dort stieg die Arbeitsleistung von 1958 bis 1962 in Schleswig-Holstein um 15%, von 1962 bis 1963 trat auch hier ein leichter Rückgang ein; trotzdem wurden 1963 für den öffentlichen und Verkehrsbau noch etwa 10% Arbeitsstunden mehr als 1958 geleistet. Die Schwerpunktverlagerung der Bautätigkeit wird im Bundesgebiet noch deutlicher. Die geleisteten Arbeitsstunden stiegen hier von 770 Mill. Stunden im Jahre 1958 auf über 1 Mrd. Stunden im Jahre 1963 oder um 34% gegenüber 1958.

## Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter im Bauhauptgewerbe ist wegen des verhältnismäßig hohen Lohnkostenanteils in der Bauproduktion für die Baupreisentwicklung von erheblicher Bedeutung. Infolge der eingangs geschilderten Ungleichgewichtssituation auf dem Bausektor befand sich der partielle Arbeitsmarkt für Bauarbeiter ständig in der Situation eines Verkäufermarktes. Die Arbeitgeber waren wegen der reichlich vorhandenen Aufträge eher geneigt, Lohnforderungen nachzugeben, als es der Fall gewesen wäre, wenn die Angebot/Nachfrage-situation andere Vorzeichen gehabt hätte. Die Summe der gezahlten Löhne stieg demzufolge von 269 Mill. DM im Jahre 1958 auf 488 Mill. DM im Jahre 1963 oder um 81%. Bei den Gehältern waren die Expansionen noch kräftiger; sie erhöhten sich von 17,5 Mill. DM auf über 39 Mill. DM oder um 124%. Im Bundesgebiet verlief die Entwicklung ähnlich (89 bzw. 128%). Bezieht man die Lohnsumme auf Arbeiter einschließlich Lehrlinge, dann ist wegen der steigenden Zahl der Beschäftigten die Entwicklung nicht ganz so kräftig wie die der Lohnsumme überhaupt. Die Summe je Beschäftigten entwickelte sich wie folgt:

Jahres Ø	Lohnsumme je Arbeiter <sup>1</sup>		Gehaltssumme je Angestellter	
	in DM	1958 = 100	in DM	1958 = 100
1958	5 398	100	6 926	100
1959	5 659	105	7 310	106
1960	5 955	110	7 893	114
1961	6 859	127	9 064	131
1962	7 769	144	10 098	146
1963	7 976	148	10 910	158

<sup>1</sup>) das sind Facharbeiter einschl. Poliere und Meister, Helfer und Hilfsarbeiter und gewerbliche Lehrlinge

Bei dieser recht expansiven Lohnentwicklung blieb das Verhältnis der Löhne und Gehälter zum Umsatz erstaunlich konstant; 1958 machten Löhne und Gehälter 286 Mill. DM, der Umsatz 843 Mill. DM, aus; das entsprach einem Anteil von 34%. 1960 lag der entsprechende Anteilsatz bei 33,4% und 1963 bei 34,6%.

## Umsatz

Das Umsatzvolumen des schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbes machte im Jahre 1963 mehr als 1,5 Mrd. DM aus. Gut ein Drittel davon, nämlich 570 Mill. DM, waren Umsätze für den Wohnungsbau; für den öffentlichen und Verkehrsbau zusammengenommen waren es etwa 730 Mill. DM, also knapp die Hälfte des Gesamtumsatzes. Der Umsatzschwerpunkt im öffentlichen und Verkehrsbau liegt eindeutig beim Straßen- und sonstigen Tiefbau, auf den über 600 Mill. DM entfielen; für öffentliche Hochbauten wurden 126 Mill. DM nachgewiesen. Der gewerbliche und industrielle Bau war mit

Umsatzentwicklung von 1958 bis 1963 in Schleswig-Holstein

	Umsatz insgesamt		darunter Wohnungsbau		Öffentlicher und Verkehrsbau		Löhne
	Mill. DM	1958 = 100	Mill. DM	1958 = 100	Mill. DM	1958 = 100	1958 = 100
1958	843	100	343	100	356	100	100
1959	954	113	420	122	379	106	111
1960	1 055	125	449	131	420	118	123
1961	1 217	144	504	147	499	140	144
1962	1 481	176	539	157	707	199	170
1963	1 523	181	569	166	728	204	181

etwa einem Zehntel (139 Mill. DM) am Gesamtumsatz beteiligt, der landwirtschaftliche Bau mit knapp 90 Mill. DM. Die Umsatzanteile der beiden wichtigsten Gruppen, nämlich Wohnungsbau und öffentlicher und Verkehrsbau, haben sich seit 1958 beachtlich verschoben. Während 1958 der Wohnungsbau mit etwas über 340 Mill. DM und der öffentliche und Verkehrsbau mit knapp 360 Mill. DM Jahresumsatz noch dicht beieinanderlagen, überstieg 1963 der Umsatz des öffentlichen Baues den des Wohnungsbaues um mehr als ein Viertel (28%).

Betrachtet man die Umsatzentwicklung von 1958 bis 1963, dann stellt sich im Endergebnis eine völlige Übereinstimmung mit der Entwicklung der Lohnsumme heraus. Der Gesamtumsatz lag ebenso wie die Lohnsumme 1963 um 81% über dem Stand von 1958.

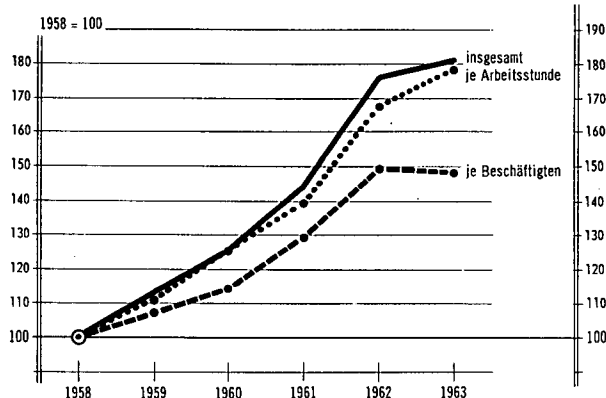
Vergleicht man anhand der Meßziffern Umsatz- und Lohnentwicklung, dann war bis 1960 die Umsatzentwicklung etwas schneller als die Lohnentwicklung: 1961 hatten Umsätze und Löhne das gleiche Niveau erreicht. 1962 waren wiederum die Umsätze stärker gestiegen als die Löhne, von 1962 zu 1963 holten die Löhne wieder auf, so daß 1963 Lohn- und Umsatzniveau, verglichen mit 1958, um denselben Prozentsatz, nämlich 81%, höher lagen.

Die Umsätze je Beschäftigten und je Arbeitsstunde in Schleswig-Holstein entwickelten sich demgegenüber wie folgt:

	Umsatz je Beschäftigten DM	Umsatz je Arbeitsstunde DM
1958	15 268	7,57
1959	16 386	8,37
1960	17 331	9,46
1961	19 679	10,54
1962	22 815	12,63
1963	22 547	13,49

D-3443

Umsatz im Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein 1958-1963



Die Umsatzentwicklung im Bund war noch etwas lebhafter als in Schleswig-Holstein. Von 1958 bis 1963 hat sich der Umsatz<sup>1</sup> im Bauhauptgewerbe etwa verdoppelt, und zwar von 17,8 Mrd. DM auf 36,4 Mrd. DM. Auch im Bund sind die

Umsatzentwicklung im Bund 1958 bis 1963

	Umsatz insgesamt		darunter Wohnungsbau		Öffentlicher und Verkehrsbau	
	Mrd. DM	1958 = 100	Mrd. DM	1958 = 100	Mrd. DM	1958 = 100
1958	17,8	100	7,7	100	5,9	100
1959	21,8	122	8,8	115	7,8	133
1960	25,0	140	9,7	127	8,9	150
1961	28,7	161	10,9	142	10,6	179
1962	33,4	187	12,1	159	13,5	229
1963	36,4	204	13,0	170	15,7	265

1) Angaben für 1958 bis 1959 ohne Saarland. Dadurch wird die Ausgangsbasis für das Bundesgebiet zu niedrig ausgewiesen; das hat zur

Folge, daß die Zuwachsraten leicht überhöht sind. Die Gesamtrendenz wird dadurch nicht beeinträchtigt

Umsätze im öffentlichen und Verkehrsbau stärker gewachsen (+ 165%) als im Wohnungsbau (+ 70%).

Der ungefähre Gleichstand der Umsätze aus Wohnungsbau und aus öffentlichen und Verkehrsbauten wird im Bund ebenfalls 1961 erreicht. Im Bund liegt jedoch der Umsatz im öffentlichen und Verkehrsbau im Jahre 1962 nur um etwa 10% über dem Umsatz im Wohnungsbau, übersteigt allerdings 1963 den Umsatz aus dem Wohnungsbau bereits um 20%, in Schleswig-Holstein waren es 28%.

#### Größenstruktur

Wie in anderen Wirtschaftszweigen ist auch im Bauhauptgewerbe der Trend zum größeren Betrieb zu erkennen. Ende Juli 1958 hatten 35% aller Betriebe weniger als fünf Beschäftigte. Bis zum 30.6.1963 ermäßigte sich der Anteil auf knapp ein Viertel. Dieser Entwicklung entsprach auch die Veränderung der Beschäftigtenzahl. 1958 waren 3% aller Beschäftigten des Bauhauptgewerbes in Betrieben tätig, die weniger als fünf Beschäftigte hatten, 1963 waren es nur noch knapp 2%. In allen folgenden Größenklassen hat sich die Zahl der Betriebe und Beschäftigten dagegen erhöht.

Betriebe und Beschäftigte 1958 und 1963  
- nach den jeweiligen Totalerhebungen -

Betriebe mit ... Beschäftigten	31. 7. 1958				30. 6. 1963			
	Betriebe	%	Beschäftigte	%	Betriebe	%	Beschäftigte	%
1	424	16	424	1	223	9	223	0
2 - 4	509	19	1 466	2	381	15	1 112	2
5 - 9	490	18	3 324	5	495	20	3 462	5
10 - 19	456	17	6 112	9	520	21	7 231	10
20 - 49	430	16	13 399	21	478	19	14 879	21
50 - 99	209	8	14 537	22	237	10	16 538	23
100 - 199	95	4	12 826	20	98	4	13 455	19
200 und mehr	42	2	12 667	20	47	2	13 828	20
Insgesamt	2 655	100	64 755	100	2 479	100	70 728	100

Zu den größeren Baubetrieben, das sind solche mit 20 und mehr Beschäftigten, gehörten 1958 etwa 30% der Betriebe mit über 80% der Beschäftigten. 1963 waren bei verringerter Betriebszahl 35% der Betriebe in dieser Größenklasse. Während bei den kleineren Betrieben die Beschäftigten um etwas mehr als 6% zunahmen, belief sich der Zuwachs bei den größeren auf ungefähr 10%.

#### Gewerbebezweige

Knapp die Hälfte der Betriebe (1958 = 44%, 1963 = 47%) sind im Hoch- und Ingenieurbau tätig. Bei kaum verändertem Bestand stieg die Zahl der Beschäftigten von 1958 bis 1963 um etwa 5 600 oder 22%. Vom Beschäftigtenanteil her gesehen sind die Betriebe, die im Hoch-, Tief- und Ingenieurbau arbeiten, die nächstgrößere Gruppe. Sie beschäftigten 1958 knapp ein Viertel aller Beschäftigten, hatten aber abweichend von dem vorher genannten Gewerbebezweig am 30.6.1963 etwa 2 800 Beschäftigte weniger als 1958. Hier war auch die Zahl der Betriebe deutlich rückläufig; der Beschäftigtenanteil machte etwa ein Sechstel aus. Im Tief- und Ingenieurbau (einschließlich Brunnenbau) hat die Zahl der Betriebe beachtlich zugenommen. Auch die Zahl der Beschäftigten war erheblich höher (+18%) als 1958. Die Straßenbauunternehmen beschäftigten 1963 etwa 9 000 Personen; das waren etwa ein Sechstel mehr als 1958. Die Zahl der Betriebe hat sich in diesem Zweig nicht nennenswert verändert.

Rückläufige Betriebs- und Beschäftigtenzahlen sind bei den Zimmerei- und Dachdeckereibetrieben festzustellen. Die Zahl der Zimmereibetriebe lag 1963 um mehr als 100 unter dem Stand von 1958 (- 18%). Die Beschäftigtenabnahme hielt sich in Grenzen. Der starke Rückgang der Betriebszahl und der verhältnismäßig schwache Rückgang der Beschäftigten läßt darauf schließen, daß es sich in erster Linie um kleinere Zimmereibetriebe handelt, die im Laufe der Jahre aus dem Produktionsprozeß

Betriebe und Beschäftigte nach ausgewählten Gewerbebezweigen 1958 und 1963

Gewerbebezweig	31. 7. 1958				30. 6. 1963			
	Betriebe	%	Beschäftigte	%	Betriebe	%	Beschäftigte	%
Hoch- und Ing.- Bau	1 175	44	25 489	39	1 170	47	31 099	44
Hoch-, Tief- und Ing.- Bau	202	8	14 845	23	169	7	12 027	17
Tief- und Ing.- Bau <sup>1</sup>	192	7	10 791	17	239	10	12 805	18
Straßenbau	109	4	7 925	12	105	4	9 099	13
Zimmerei und Ing.- Holzbau	575	22	3 354	5	472	19	3 187	5
Dachdeckerei	359	14	1 886	3	276	11	1 689	2
Übrige Gewerbebezweige	43	2	465	1	48	2	822	1
Alle Gewerbebezweige	2 655	100	64 755	100	2 479	100	70 728	100

1) einschl. Brunnenbau

ausgeschieden sind. Ähnliches dürfte auch für die Dachdeckereibetriebe gelten.

### Beschäftigte nach der Stellung im Betrieb

Im Bauhauptgewerbe ist auch heute noch der Facharbeiter die vorherrschende Berufskategorie. 1963 waren - wenn man die Lehrlinge als künftige Facharbeiter mitrechnet - etwa die Hälfte aller Beschäftigten gelernte Kräfte. Etwa jeder Fünfte (22%) ist Maurer, 8% waren Zimmerer. Allen Mutmaßungen zum Trotz hat der Facharbeiter seine Position seit 1958 eindeutig verstärkt. Läßt man hier die Lehrlinge außer Betracht, da die Lehrlingsentwicklung anders verläuft, dann waren 1963 über 7 000 Facharbeiter (+26%) mehr beschäftigt als 1958.

### Beschäftigte nach der Stellung im Betrieb in Schleswig-Holstein

	31. 7. 1958		30. 6. 1963	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Tätige Inhaber	2 879	4	2 627	4
Mithelfende	.	.	200	0
Angestellte				
(kaufm. und techn.)	2 570	4	3 619	5
Angestelltenvers. Poliere	958	1	1 425	2
Hilfspolierere	2 993	5	3 395	5
Maurer	14 138	22	15 747	22
Zimmerer	4 840	7	5 738	8
Übrige Facharbeiter	5 453	8	9 375	13
Helfer und Hilfsarbeiter	25 035	39	24 677	35
Gewerbl. Lehrlinge	5 889	9	3 925	6
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>64 755</b>	<b>100</b>	<b>70 728</b>	<b>100</b>

Besonders deutlich war die Zunahme bei den übrigen Facharbeitern, das sind Schlosser, Kranführer u. a., die im Zuge der Technisierung und Spezialisierung im Bauhauptgewerbe ständig mehr an Bedeutung gewinnen und deren Zahl von 1958 bis 1963 um beinahe 4 000 oder über 70% zunahm. Demgegenüber verlief die Entwicklung bei den Helfern und Hilfsarbeitern umgekehrt. 1963 waren weniger Beschäftigte in dieser Kategorie vorhanden als 1958. Darüber hinaus waren beachtliche Zunahmen sowohl bei den kaufmännischen und technischen Angestellten als auch bei den Polieren und Hilfspolieren zu verzeichnen.

Nur bei den Lehrlingen kann die Entwicklung nicht voll befriedigen. Der Lehrlingsbestand verminderte sich in dem betrachteten Zeitraum um nahezu ein Drittel! Während 1958 auf 100 Beschäftigte (ohne Inhaber und kaufmännische und technische Angestellte) noch 10 Lehrlinge kamen, waren es 1963 nur noch etwa sechs. Untersucht man diesen Sachverhalt etwas näher, indem man die Lehrlinge in den einzelnen Betriebsgrößenklassen (nach den Beschäftigten) ermittelt, dann zeigt sich eindeutig, daß bei den kleineren Betrieben (bis unter 20 Beschäftigte) die Häufigkeit der Lehrlingsausbildung um

### Lehrlingsquoten 1958 und 1963 nach Betriebsgrößenklassen

Betriebe mit... Beschäftigten	Lehrlinge in % der übrigen Beschäftigten	
	31. 7. 1958	30. 6. 1963
1 - 19	20,2	11,3
20 - 49	13,8	8,6
50 - 99	9,1	5,8
100 - 499	4,7	3,0
500 und mehr	0,9	1,4
<b>zusammen</b>	<b>9,9</b>	<b>6,1</b>

ein Vielfaches größer ist, als bei den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten.

Der Rückgang der Zahl der kleinen Betriebe dürfte nicht ohne Einfluß auf die Lehrlingshaltung gewesen sein, obwohl durchaus noch weitere Faktoren, die hier nicht näher erörtert werden, die Situation beeinflusst haben können. 1958 waren von 100 Beschäftigten der kleineren Betriebe noch 20 Lehrlinge, 1963 nur noch etwa 11. Die größeren Baubetriebe messen der Lehrlingsausbildung anscheinend weniger Bedeutung zu als die kleineren. So waren z. B. in der Betriebsgrößenklasse 100 und mehr Beschäftigte (ohne Inhaber und Angestellte) etwas mehr als 4 Lehrlinge vorhanden, bis 1963 sank bei diesen Betrieben die Lehrlingsquote auf 3 Lehrlinge je 100 Beschäftigte.

### Geräteausstattung

Mehr und leistungsfähigere Maschinen und Geräte erhöhen die Effizienz der menschlichen Arbeitsleistung und sind damit Voraussetzung für eine steigende Produktion. Verbesserte Bauverfahren, z. B. die Verwendung industriell vorgefertigter Bauteile, wirken in derselben Richtung. Neue Baustoffe und davon abhängige Arbeitstechniken halten ihrerseits die Entwicklung von einer anderen Seite her in Fluß.

Im Bauhauptgewerbe ist seit einigen Jahren ein Umstellungsprozeß im Gange, der, ähnlich wie in der Landwirtschaft, traditionelle Arbeitsweisen zum Verschwinden bringt oder so stark verändert, daß sie kaum noch wiederzuerkennen sind. Unter Berücksichtigung der spezifischen Eigenheiten der Bauproduktion kann man durchaus sagen, daß das Bauhauptgewerbe "industrialisiert" wird. Es ist zwar nicht zu erwarten, daß in diesem Wirtschaftsbereich ein vollautomatischer Produktionsprozeß, wie z. B. in der chemischen Industrie, zu erreichen sein wird; aber das typische Kennzeichen der Industrialisierung, das in der Substitution menschlicher Arbeitskraft gegen Maschinen kurz charakterisiert ist, läßt sich auch im Bauhauptgewerbe deutlich erkennen.

Aus der nachstehenden Aufstellung der wichtigsten Baumaschinen läßt sich an Hand der Veränderungen ein ungefähres Bild über die Inve-

stionstätigkeit im Bauhauptgewerbe seit 1958 gewinnen.

Bei einer Reihe von Geräten, z. B. Turmdrehkränen, Baggern, Planiertrauben, Ladern und Schüttern sowie Straßenbaumaschinen für die Herstellung von Schwarzdecken, hat sich der Bestand in dem betrachteten Zeitraum zum Teil mehr als verdoppelt. Die Zunahme der reinen Stückzahl der Geräte sagt selbstverständlich noch nichts über die qualitativen Verbesserungen an den einzelnen Geräten. Es dürfte nach Lage der Dinge aber sicher sein, daß durch den "Qualitätseffekt" die Leistungsfähigkeit des Bauhauptgewerbes stärker gestiegen ist, als aus den quantitativen Zunahmen abzulesen ist.

Die Geräteausstattung kann sinnvoll nur im Zusammenhang mit den Beschäftigten gesehen werden. Da sich von 1958 bis 1963 der Beschäftigtenstand ebenfalls erhöhte, sind in der folgenden Übersicht die Geräte zu den Beschäftigten in Beziehung gesetzt.

Geräteausstattung je 1 000 Beschäftigte  
im Bund und in Schleswig-Holstein  
1958 und 1963

	31. 7. 1958	30. 6. 1963	Veränderung in %	31. 7. 1958	30. 6. 1963	Veränderung in %
	Bund			Schleswig-Holstein		
Betonmischer	74	98	+ 32	50	74	+ 48
Bauaufzüge	33	34	+ 3	22	31	+ 41
Förderbänder	13	14	+ 8	13	18	+ 38
Kompressoren	11	16	+ 46	5	8	+ 60
Bagger	7	15	+ 114	8	17	+ 113
Last-(Nutz-)kraftwagen	25	36	+ 44	25	40	+ 60
Planiertrauben	4	10	+ 150	5	9	+ 80
Straßenbaumaschinen für Schwarzdecken insgesamt	6	8	+ 33	5	11	+ 120
Straßenwalzen	5	8	+ 60	4	6	+ 50
Verdichtungsmaschinen	5	13	+ 160	6	16	+ 167

Bestand an ausgewählten Geräten im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein

— Totalerhebungen 1958 und 1963 —

Ausgewählte Geräte	31.7.1958	30.6.1963	Veränderung in %	31.7.1958	30.6.1963	Veränderung in %
	Bund			Schleswig-Holstein		
Betonmischer	108 042	165 938	+ 54	3 210	5 199	+ 62
Turmdrehkrane, und zwar						
bis 16 m/t	4 429	15 762	+ 256	49	126	+ 157
über 16 m/t	2 957	8 973	+ 203	26	132	+ 408
Bauaufzüge	48 284	57 942	+ 20	1 455	2 217	+ 52
Förderbänder	18 419	23 063	+ 25	823	1 245	+ 51
Kompressoren	15 603	27 831	+ 78	296	538	+ 82
Bagger	10 233	24 662	+ 141	502	1 187	+ 136
Last-(Nutz-)kraftwagen	35 767	60 926	+ 70	1 649	2 850	+ 73
Zugmaschinen, Traktoren	3 094	4 158	+ 34	106	176	+ 66
Planiertrauben	6 546	16 179	+ 147	294	649	+ 121
Schürfwagen	333	563	+ 69	30	35	+ 17
Lader und Schütter	2 204	9 670	+ 339	75	272	+ 263
Straßenbaumaschinen für Schwarzdecken insges.	9 318	14 332	+ 54	339	743	+ 119
davon Fertiger	1 468	3 585	+ 144	77	191	+ 148
Mischanlagen	827	1 364	+ 65	22	45	+ 105
Teerkocher u. ä.	4 582	5 176	+ 13	137	309	+ 126
Motorspritzmaschinen	2 441	4 207	+ 72	103	198	+ 92
Straßenwalzen	7 812	13 376	+ 71	259	455	+ 76
Verdichtungsmaschinen	7 817	22 545	+ 188	382	1 097	+ 187
Stahlrohrgerüste in t	14 847	42 595	+ 187	333	1 721	+ 417

Bei diesem Vergleich sind die Zuwachsraten zwar nicht mehr ganz so groß wie bei dem reinen Mengenvergleich. Die Kapazitätserhöhung wird aber greifbar, wenn man sieht, daß z. B. 1958 für 40 Beschäftigte 1 Lkw zur Verfügung

stand, während 1963 ein wahrscheinlich größerer Lkw bereits für 25 Beschäftigte vorhanden war.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

# Tiefbauaufträge 1961 bis 1963

Die Tiefbaustatistik beschränkt sich auf die von der öffentlichen Hand vergebenen Aufträge. Zu ihr zählen der Bund, die Länder, die Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände. Zur Berichterstattung verpflichtet sind darüber hinaus auch Personen des öffentlichen Rechts und juristische Personen des privaten Rechts, falls die öffentliche Hand überwiegend daran beteiligt ist. Rein private Gesellschaften und Organisationen sind nach dem Gesetz nicht auskunftspflichtig. Man schätzt, daß etwa 75% der Tiefbaubeträge erfaßt werden.

## Geringere Auftragssumme für den Tiefbau

Im Jahre 1963 sind von der öffentlichen Hand und den Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts Tiefbauaufträge im Werte von insgesamt 374 Mill. DM vergeben worden. Gegenüber 1962 mit Aufträgen in Höhe von 539 Mill. DM ist das Auftragsvolumen um etwa ein Drittel zurückgegangen. Es liegt auch unter dem des Jahres 1961, wo für 407 Mill. DM im Tiefbau investiert worden sind.

Der starke Rückgang der Tiefbauaufträge ist hauptsächlich auf die auffallend geringe Beteiligung des Bundes im Jahre 1963 zurückzuführen. Er hat mit 128 Mill. DM kaum die Hälfte der Vergabesumme des Jahres 1962 und auch wesentlich weniger als 1961 für Tiefbauten in Schleswig-Holstein bereitgestellt. Auch die anderen öffentlichen Auftraggeber - außer den Gemeinden - haben weniger Tiefbauaufträge vergeben, und zwar nach dem Bund am ausgeprägtesten das Land mit 59 Mill. DM 1963 gegenüber 84 Mill. DM 1962. Diesen Bauherren ist aber gemeinsam, daß ihre Auftragssummen 1963 über denen des Jahres 1961 liegen. Die Gemeinden sind die einzigen Auftraggeber mit höheren Vergaben gegenüber 1962 und weniger Vergaben gegenüber 1961. An der gesamten Auftragssumme ist 1963 der Bund nur noch mit einem Drittel beteiligt, 1962 und 1961 dagegen mit fast der Hälfte. Das Land hat den Vorjahresanteil von 16% gehalten. Die übrigen Bauträger konnten ihren finanziellen Anteil an den Auftragsvergaben im Tiefbau erhöhen.

## Fast die Hälfte aller Tiefbauaufträge für Straßenbauten

Fast die Hälfte der Auftragssumme für Tiefbauten (46%) waren 1963 für Straßenbauten und Straßenbrückenbauten bestimmt. Dieser Anteilssatz ist wesentlich höher als 1962 (37%) und liegt auch noch über dem des Jahres 1961 (44%).

Die Tiefbauten an Bundeswasserstraßen - hierzu zählen auch Tiefbauarbeiten an Häfen,

Die Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherrn und Bauart

Bauherr Tiefbauart	1961		1962		1963	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Bund	195	48	260	48	128	34
Land	36	9	84	16	59	16
Gemeinden	101	25	85	16	95	25
Gemeindeverbände	63	15	87	16	70	19
Sonstige	13	3	24	4	22	6
<b>Insgesamt</b>	<b>407</b>	<b>100</b>	<b>539</b>	<b>100</b>	<b>374</b>	<b>100</b>
davon						
Straßen- u. Brückenbauten	179	44	202	37	172	46
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen und Häfen	20	5	34	6	30	8
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	83	20	112	21	84	22
Sonstige Tiefbauten	126	31	191	35	88	24

deren Auftraggeber neben dem Bund auch das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände sein können - und die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten (Deichbauten, Maßnahmen der Landgewinnung und -erhaltung, Dränagen u. dgl.) waren an den Tiefbauaufträgen ebenfalls etwas stärker beteiligt als in den Jahren davor. Die sonstigen Tiefbaumaßnahmen<sup>1</sup> deren Ausmaß in den vergangenen Jahren hauptsächlich von den Baumaßnahmen der Vogelzuglinie (Großenbrode) und der Kanalunterführung bei Rendsburg bestimmt worden ist, sind von den vergebenen Mitteln her betrachtet gegenüber dem Vorjahr auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Ihr Anteil an der gesamten Auftragssumme ist dementsprechend von einem Drittel auf ein Viertel gesunken. Sie sind aber immer noch nächst den Straßen- und Straßenbrückenbauten die mit öffentlichen Aufträgen meist bedachten Tiefbaumaßnahmen.

Entsprechend ihren unterschiedlichen gemeinwirtschaftlichen Aufgaben veranlassen die einzelnen Gebietskörperschaften schwerpunktmäßig bestimmte Arten von Tiefbauarbeiten. Grundsätzlich hat sich in dem betrachteten Zeitraum von drei Jahren bei den einzelnen Bauherren keine Änderung in der Zusammensetzung der Aufträge für Tiefbauten ergeben, gewisse Gewichtsverschiebungen sind aber zu erkennen.

Das Hauptgewicht des Bundes als Bauherr für Tiefbauten in Schleswig-Holstein liegt, wie in den Jahren zuvor, bei den "sonstigen Tiefbaumaßnahmen". Ihr Anteil an den Bundesmitteln

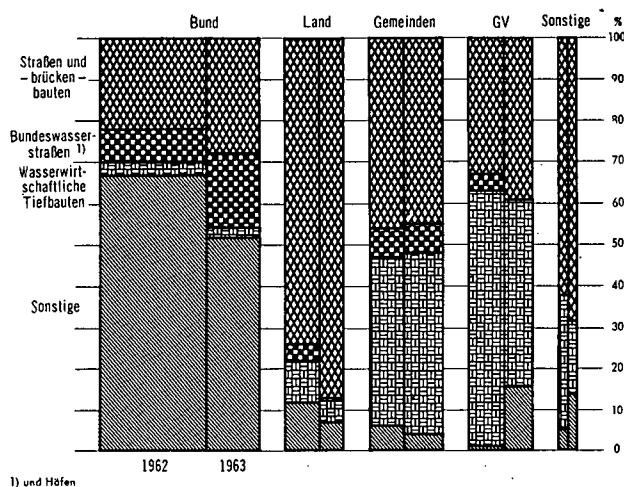
1) u.a. Anlagen für den Schienenverkehr und unterirdische Fernmeldeleitungen; Flugplätze, Atommeiler, unterirdische Treibstofflager, Sportanlagen, Tiefbauten für Verteidigungszwecke und für den Luftschutz



für Tiefbauten in Schleswig-Holstein beträgt 52%, er liegt aber wesentlich niedriger als im Vorjahr (67%). Für die Bundeswasserstraßen<sup>2</sup> sind von ihm im vergangenen Jahr für 23 Mill. DM Aufträge vergeben worden, anteilmäßig etwa doppelt soviel wie in den Jahren davor.

Die Tiefbauvergaben des Landes kamen, wie 1961, fast ausschließlich den Straßenbauten und Straßenbrückenbauten zugute. 51 Mill. DM, das sind 87% der Mittel für Tiefbauten des Landes, zielen auf eine Verbesserung des Straßenverkehrs ab, die restlichen Vergaben verteilen sich etwa gleichmäßig auf wasserwirtschaftliche Maßnahmen und "sonstige Tiefbauten".

D - 3431  
Die Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren und Bauarten 1962 und 1963



Die Gemeinden, die, wie bereits erwähnt, als einzige Auftraggeber von Tiefbauten mehr Geld investiert haben als 1962, haben diese zusätzlichen Mittel in der Hauptsache für wasserwirtschaftliche Maßnahmen eingesetzt, der Rest ist für den Bau von Straßen und Straßenbrücken vergeben worden. Zu erwähnen bleibt noch, daß gegenüber 1962 bei den Gemeinden sich die Verteilung der Mittel auf die verschiedenen Tiefbaumaßnahmen nur geringfügig geändert hat; während, verglichen mit 1961, die Straßenbauten an Bedeutung verloren, haben die wasserwirtschaftlichen Bauten an Bedeutung zugenommen.

Die Gemeindeverbände verzeichnen im Gegensatz zu den Gemeinden seit 1961 einen Rückgang des Anteils für wasserwirtschaftliche Tiefbauten. Der Einsatz für Straßenbauten ist

2) hierzu zählen u.a.: Der Nord-Ostseekanal, der Elbe-Lübeck-Kanal, der Gieselaukanal, die Kieler Förde, die Flensburger Förde, die Lübecker Bucht, die Eckernförder Bucht, die Ostfriesischen Inseln und Helgoland, Teile der Eider, der Schlei, der Stör, der Krückau und der Pinnau

absolut etwa ebenso groß wie im Vorjahr, relativ wesentlich größer. Auffallend hoch sind, verglichen mit dem Vorjahr, die Vergaben für "sonstige Tiefbaumaßnahmen"

Die Bauträger des öffentlichen und privaten Rechts (sonstige Bauherren) haben im verstärkten Maße für Straßenbauten und für sonstige Tiefbaumaßnahmen Aufträge vergeben, während für wasserwirtschaftliche Tiefbauten und Landeskulturbauten sehr viel weniger Mittel eingesetzt worden sind.

#### Kürzere Abwicklungszeiten

Die Tiefbauaufträge des Jahres 1963 haben, besonders gegenüber 1962, kürzere Abwicklungszeiten als in den Vorjahren. 1962 sind noch 24% der Auftragssumme für Tiefbauten mit einer Laufzeit von über einem Jahr vergeben worden, 1963 nur 11%. Wesentlich höher liegt dafür der Anteil der Tiefbauaufträge mit einer Abwicklungszeit bis zu sechs Monaten, während sich der Prozentsatz der Aufträge von sechs bis zwölf Monaten gegenüber dem Vorjahr nicht verändert hat. Bei der Beurteilung der Entwicklung der Ausführungsdauer muß man aber berücksichtigen, daß diese sowohl von der Größe der einzelnen Objekte, als auch von der Kapazität der Bauwirtschaft abhängt.

Betrachtet man die Ausführungsdauer der Tiefbauaufträge, so zeigt sich, daß von allen Bauherren der Bund die meisten Tiefbauaufträge mit einer Laufzeit von über zwölf Monaten vergeben hat. Diese Aufträge machen bei ihm 15% der gesamten Auftragssumme aus. Diese langfristigen Aufträge haben aber beim Bund wesentlich stärker abgenommen als bei

Die Ausführungszeit der vergebenen Tiefbauten nach den Bauherren in % der Auftragssumme 1961 - 1963

Bauherr	Jahr	Ausführungsdauer von ....			
		bis 3 Monaten	3-6 Monaten	6-12 Monaten	über 12 Monaten
Bund	1961	16	24	36	24
	1962	8	20	34	38
	1963	21	32	32	15
Land	1961	19	40	36	4
	1962	8	26	55	12
	1963	17	34	39	10
Gemeinden	1961	30	35	27	8
	1962	26	33	36	5
	1963	23	32	35	10
Gemeindeverbände	1961	13	49	33	5
	1962	17	36	30	17
	1963	11	31	50	8
Sonstige	1961	23	46	25	7
	1962	12	43	43	2
	1963	24	38	38	-
Insgesamt	1961	19	33	33	15
	1962	12	26	37	24
	1963	19	33	37	11

den anderen Bauherren. Beim Land tritt die Tendenz zu kürzeren Ausführungszeiten in einem stärkeren Rückgang der vergebenen Mittel für Aufträge mit einer Laufzeit von sechs bis zwölf Monaten zu Tage. Die Anteile der einzelnen Laufzeitgruppen weichen dadurch kaum vom Durchschnitt aller Bauherren ab. Das gleiche gilt für die Tiefbauaufträge von Gemeinden mit der Einschränkung, daß die kurzfristigen Aufträge (bis zu drei Monaten) etwas stärker hervortreten. Die Hälfte der von den Gemeindeverbänden vergebenen Auftragssumme fließt Tiefbaumaßnahmen mit einer Laufzeit von sechs bis zwölf Monaten zu. Für

ganz kurzfristige und langfristige Aufträge haben diese Bauherren relativ wenig Mittel bereitgestellt. Die Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts - auf sie entfallen nur rund 5% der Auftragssumme - haben 1963 keine Aufträge mit einer Laufzeit von über zwölf Monaten vergeben. Überdurchschnittlich groß ist dafür der Anteil der Auftragssumme für Tiefbaumaßnahmen mit einer Abwicklungsdauer bis zu einem halben Jahr.

Dipl. - Volksw. Alfons Fuchs

Vergleiche auch: "Tiefbauvorhaben der öffentlichen Hand 1963" in Wirtschaft und Statistik 1964, S. 241 (April)

## Die Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein 1963

### Der Erstabsatz von Schuldverschreibungen

Ein stabiler Zinssatz und ein hohes Emissionsvolumen waren auch 1963 bestimmend für den deutschen Rentenmarkt. Das Emissionsergebnis des Jahres 1963 stellt alle bisherigen Absatzerfolge der Nachkriegszeit in den Schatten. Auch die Realkreditinstitute hatten an dieser Ergiebigkeit des Rentenmarktes teil. Sie konnten ihren Erstabsatz um über 1 Mrd. DM oder 16% auf 8 Mrd. DM ausdehnen. Ganz im Gegensatz dazu stehen die Erstverkäufe der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute. Ihr Erstabsatz stellte sich auf 146 Mill. DM und war damit bedeutend niedriger als ein Jahr zuvor (263 Mill. DM). Nicht einmal das Ergebnis des Jahres 1961 wurde erreicht (159 Mill. DM). Die Erwartungen auf eine weitere Belebung der schleswig-holsteinischen Emissionen, die durch die hohen Erstverkäufe im vorangegangenen Jahr begründet waren, haben sich also nicht erfüllt. Im ersten Halbjahr waren die Plazierungen in Schleswig-Holstein noch relativ günstig. Ab Juli 1963 ging jedoch die Aufnahmebereitschaft der an festverzinslichen Schuldverschreibungen interessierten Kreise deutlich zurück und erreichte im Oktober bei einer Unterbringung von nicht einmal 3 Mill. DM ihren Tiefstand. Im Bundesgebiet ging zwar auch der Erstabsatz Mitte des Jahres zurück, nachdem er zu Beginn eine Rekordhöhe erreicht hatte, er fiel aber nie unter das Ergebnis des Vorjahres. Zudem stellte sich im September bereits wieder eine spürbare Belebung des Rentenmarktes ein, die unverändert bis über das Jahresende anhielt.

Die günstige Entwicklung im Bundesgebiet ist fast ausschließlich auf den um über die Hälfte

Erstabsatz von Schuldverschreibungen  
der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute  
1962 - 1963 in Mill. DM

Zeitraum	Ins- gesamt	davon			
		Hypotheken- pfandbriefe	Schiffs- pfandbriefe	Kommunal- obligationen	
1962	1. Hj.	170	80	24	66
	2. Hj.	93	40	6	47
1962		263	120	29	113
1963	1. Vj.	52	27	8	17
	2. Vj.	45	34	1	10
	3. Vj.	24	20	1	3
	4. Vj.	25	16	0	9
1963		146	98	9	40
dagegen Bundesgebiet 1963		7 947	4 063	43	3 841 <sup>a</sup>

a) einschl. 696 Mill. DM sonstiger Schuldverschreibungen

höheren Absatz an Kommunalobligationen zurückzuführen. Der Anteil der Kommunalobligationen an allen Erstverkäufen dehnte sich gegenüber 1962 von drei Zehnteln auf vier Zehntel aus. Die Voraussetzung für diese erstaunliche Expansion wurde durch die zu Beginn des Jahres 1963 in Kraft getretenen Novelle zum Hypothekensbankgesetz geschaffen. Die Neufassung räumte den privaten Hypothekenbanken eine erweiterte Umlaufgrenze bis zum Fünfzehnfachen der haftenden Mittel ein. Die Möglichkeiten, die die privaten Hypothekenbanken dadurch erhielten, wurden, wie das Emissionsvolumen zeigt, im Bundesgebiet weitgehend ausgenutzt. Anders ist die Lage in Schleswig-Holstein. Das Emissionsvolumen der privaten schleswig-holsteinischen Hypothekenbanken ist im Vergleich zu dem der öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten nie allzu groß gewesen. Dadurch wurden

zwangsläufig die jetzt gegebenen Expansionsmöglichkeiten eingeschränkt. Der Hauptgrund für die geringe Nachfrage nach schleswig-holsteinischen Schuldverschreibungen scheint darin zu liegen, daß die einheimischen Anleger, darunter insbesondere die privaten, an festverzinslichen Wertpapieren von Einmal-emittenten sowohl innerhalb als auch außerhalb des Bundesgebietes stärker interessiert gewesen sind. Sie versprachen sich davon eine lukrativere Rendite, da die Papiere einmal mit kürzeren Laufzeiten ausgestattet waren und zum anderen teilweise zu einem günstigeren Kurs verkauft wurden. Vor allem waren es ausländische Anleihen, die auffallend stark gefragt wurden und dadurch die Unterbringung von eigenen Emissionen erschwerten. Bei diesem Wettbewerb wurde der Verkauf von Kommunalobligationen noch mehr als der von Hypothekendarlehen gehemmt. So wurden immerhin noch für 98 Mill. DM Hypothekendarlehen abgesetzt, aber nur für 40 Mill. DM Kommunalobligationen; die Nachfrage nach Schiffsdarlehen war mit 9 Mill. DM noch geringer.

Wie im Bundesgebiet, so hat sich auch in Schleswig-Holstein die 6%ige Schuldverschreibung weiterhin behauptet. Dieser Zinstyp dominierte im Jahre 1963 in Schleswig-Holstein so deutlich, daß der Absatz der mit einer anderen Verzinsung ausgestatteten Stücke nicht einmal 1% des gesamten Erstabsatzes ausmachte, während es im Jahre zuvor noch fast ein Viertel gewesen war.

#### Die Tilgungen aus dem Neugeschäft

Die Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes wird nicht allein durch den Erstabsatz bestimmt, sondern muß zusammen mit den Tilgungen bewertet werden. Die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute lösten im Jahre 1963 für insgesamt 32 Mill. DM Schuldverschreibungen, die sie in früheren Jahren abgesetzt hatten, ein. Der Umlauf an Kommunalobligationen wurde um 20 Mill. DM, der der Hypothekendarlehen um 10 und der der Schiffsdarlehen um 2 Mill. DM herabgesetzt. Auch im Bundesgebiet waren die Rückzahlungen für Kommunalobligationen am größten. Das liegt u. a. auch daran, daß die Laufzeit dieser Wertpapierart im allgemeinen kürzer bemessen ist, als die aller anderen. Von den in Schleswig-Holstein getilgten Papieren hatten dem Werte nach drei Viertel einen Zinssatz von 7% und mehr. Ein Teil dieser hochverzinsten Stücke wird gegen marktgerechtere, also 6%ige, Emissionen ausgetauscht worden sein. Die relativ höchsten Auszahlungen wurden für 7%ige Kommunaldarlehen (15 Mill. DM) getätigt.

Bei einer Gegenüberstellung des Erstabsatzes und der Tilgung der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute ergibt sich, daß der Anteil der Rückflüsse an den Erstverkäufen in den einzelnen Wertpapiergattungen recht unterschiedlich war. Im Durchschnitt, wie auch bei den Schiffsdarlehen, machte er ein Fünftel aus, bei den Hypothekendarlehen stellte er sich auf ein Zehntel und bei den Kommunalobligationen auf die Hälfte.

Tilgungen von Schuldverschreibungen  
der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute im Jahre 1963

Zinstyp	Schuldverschreibungen zusammen	davon		
		Hypothekendarlehen	Schiffsdarlehen	Kommunalobligationen
1 000 DM				
5 %	260	72	—	188
5,5 %	1 330	330	1 000	—
6 %	1 235	235	1 000	—
6,5 %	4 000	—	—	4 000
7 %	15 279	3 421	—	11 858
7,5 %	9 463	5 893	—	3 570
<b>Insgesamt</b>	<b>31 567</b>	<b>9 951</b>	<b>2 000</b>	<b>19 616</b>
Mill. DM				
dagegen Bundesgebiet	1 165	325	19	821 <sup>a</sup>

a) einschl. 61 Mill. DM sonstiger Schuldverschreibungen

#### Der Umlauf an Schuldverschreibungen

Der Umlauf an Schuldverschreibungen erhöhte sich in Schleswig-Holstein aufgrund des relativ niedrigen Erstabsatzes nur um 12% - gegenüber drei Zehntel im Jahre 1962 - auf 1 Mrd. DM. Im Bundesgebiet stieg er dagegen, ebenso wie im Jahre zuvor, um 18%. Ausschlaggebend für die gegenläufige Entwicklung war allein die unterschiedliche Nachfrage nach Kommunalobligationen, deren Volumen sich in Schleswig-Holstein um 6% und im Bundesgebiet um ein Fünftel erweiterte. Die Expansion der Hypothekendarlehen- und Schiffsdarlehen war in beiden Erfassungsräumen nahezu gleich. Das führte dazu, daß in unserem Lande der Anteil der Hypothekendarlehen am gesamten Umlauf zu Lasten der Schiffsdarlehen und Kommunalobligationen von knapp der Hälfte auf 52% stieg.

Da der nicht ganz befriedigende Absatz von den auf Inhaber lautenden festverzinslichen Wertpapieren nicht ausreichte, um die von der schleswig-holsteinischen Wirtschaft benötigten Kredite zu beschaffen, mußten im verstärkten Maße Mittel von größeren Instituten und Anstalten gegen Hinterlegung von Namens-

Der Umlauf an Schuldverschreibungen<sup>1</sup>  
in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1963

Art der Schuldverschreibung	Bestand am 31. 12.		Veränderung 1963 gegenüber 1962 in %
	1962	1963	
	Mill. DM		
<b>Schleswig-Holstein</b>			
Hypothekendarlehen	476,7	563,6	+ 18
Schiffspfandbriefe	170,4	177,6	+ 4
Kommunalobligationen	315,0	334,7	+ 6
<b>Schuldverschreibungen insgesamt</b>	<b>962,1</b>	<b>1.076,0</b>	<b>+ 12</b>
Außerdem hinterlegte Namensschuldverschreibungen	351,3	428,8	+ 22
Sonstige aufgenommene Darlehen	352,4	352,4	+ 0
<b>Bundesgebiet</b>			
Hypothekendarlehen	21 361	25 077	+ 17
Schiffspfandbriefe	561	585	+ 4
Kommunalobligationen	14 543	17 455	+ 20
<b>Schuldverschreibungen insgesamt</b>	<b>36 466</b>	<b>43 117</b>	<b>+ 18</b>
Außerdem hinterlegte Namensschuldverschreibungen	4 603	5 012	+ 9
Sonstige aufgenommene Darlehen	13 172	15 147	+ 7

1) einschl. vorverkaufter Stücke

Schuldverschreibungen hereingenommen werden; sie waren mit 429 Mill. DM um über ein Fünftel höher als im Jahre zuvor. Dadurch hat sich in Schleswig-Holstein die Relation zwischen Emissionserlös und zusätzlichen Finanzierungsmitteln wiederum verschlechtert. Im Bundesgebiet stiegen die zusätzlichen Mittel nur um knapp ein Zehntel.

#### Die Ausleihungen

Im Laufe des Jahres 1963 wurden von den Realkreditinstituten in Schleswig-Holstein 331 Mill. DM neu ausgeliehen. Der Bestand an langfristigen Krediten belief sich am Jahresende nach einer Zunahme von 16% auf 2,5 Mrd. DM. Unter ihnen waren 639 Mill. DM,

die als durchlaufende Mittel weitergeleitet wurden. Mehr als die Hälfte aller Neuausleihungen flossen kommunalen Stellen (92 Mill. DM) und Reedereien (80 Mill. DM) zu.

#### Die langfristigen Ausleihungen der Realkreditinstitute – einschl. Treuhandmittel 1963

Art der Darlehen	Schleswig-Holstein		Bundes- gebiet
	1962	1963	
	Bestand am Jahresende in Mill. DM		
<b>Langfristige Darlehen insgesamt</b>	<b>2 133</b>	<b>2 465</b>	<b>65 896</b>
darunter			
Hypotheken auf			
Wohnungsneubauten	306	364	29 575
landwirtschaftlichen Grundstücken	117	139	4 857
Kommundarlehen	480	572	18 042
Schiffshypotheken	495	574	2 228
Darlehen für Siedlungszwecke	514	561	573
darunter Treuhandmittel	507	554	566

Relativ gesehen war die Ausweitung mit jeweils einem Fünftel bei den Kommundarlehen, den Hypotheken auf Neubauten und denen auf landwirtschaftlichen Grundstücken am kräftigsten. Die Schiffshypotheken liegen jetzt mit 574 Mill. DM an erster Stelle, obwohl sie sich nur durchschnittlich entwickelt haben, knapp vor den Kommundarlehen und den Darlehen für Siedlungszwecke, die im Vorjahr die Spitze einnahmen. Letztere, speziell auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Schleswig-Holstein zugeschnittene finanzielle Hilfen, wurden fast ausschließlich treuhänderisch vergeben.

Auch im Bundesgebiet nahm das gesamte Realkreditvolumen um 16% zu. Hier war die Expansion der Kommundarlehen mit über einem Fünftel am stärksten.

Dipl. – Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 208 (Juli)

## Kurzberichte

### Studierende des "Lehramts an Gymnasien"

Von den 5 113 Studierenden (ohne Ausländer, Beurlaubte und Gasthörer), die im Wintersemester 1963/64 die Universität in Kiel besuchten, wollten 1 210 Studienrat werden.

Das bedeutet, daß sich 24% der Studierenden auf das Lehramt an Gymnasien vorbereiteten, und zwar 22% aller Studenten und 27% aller Studentinnen. Bei den zukünftigen Studienräten ist der Anteil der Männer wesentlich größer als bei den Studierenden, die für das Mittelschul- oder Volksschullehramt ausgebildet werden.

Wintersemester 1963/64	Deutsche Studierende	darunter männlich
Studierende der Universität in Kiel des Lehramts an Gymnasien an Mittelschulen	1 210 288	70 % 21 %
Studierende der Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg	912	28 %

Deutsche Studierende des Lehramts an Gymnasien an der Universität in Kiel im Wintersemester 1963/64 nach Studienfächern

Studienfach ...	Studierende mit dem	
	als Hauptfach	als 2. oder 3. Fach
Evangelische Religionslehre	16	68
Germanistik	308	71
Englisch	196	98
Englisch und Französisch	46	1
Französisch	100	66
Geschichte	92	247
Geographie	53	200
Latein	75	76
Griechisch	11	8
Latein und Griechisch	25	1
Mathematik	54	16
Mathematik und Physik	90	-
Physik	3	23
Chemie	24	96
Biologie, Botanik, Zoologie	98	82
Leibesübungen	4	175
Philosophie	4	32
Slawistik	4	26
Wissenschaft v. d. Politik	-	23
Übrige Fächer	7	40
<b>Insgesamt</b>	<b>1 210</b>	

Es gibt Studienfächer, die von den Studierenden des Lehramts an Gymnasien bevorzugt werden. Zu diesen Fächern gehören Germanistik, Englisch und Geschichte. Im Wintersemester 1963/64 ist jedes dieser drei Fächer von mehr als einem Viertel der Studierenden als Studienfach angegeben worden. Dabei wurden Germanistik und Englisch vor allem als Hauptfach gewählt, Geschichte aber vorwiegend als Nebenfach. Im Gegensatz zu diesen Fächern sind die naturwissenschaftlichen Fächer bei den Studierenden nicht besonders beliebt. Von den 1 210 Studierenden des Lehramts an Gymnasien waren 70 für Mathematik und nur 26 für Physik eingeschrieben. Hinzu kamen noch 90 Studierende, die Mathematik und Physik gemeinsam betrieben. Erwähnenswert ist, daß sich von allen deutschen Studierenden, die im Winter 1963/64 an der Universität in Kiel Mathematik als Studiengebiet gewählt hatten, 53% auf das Lehramt an Gymnasien vorbereiteten, 47% erstrebten ein anderes Ausbildungsziel. Für die Fächer Physik und Chemie ist der Anteil der Studierenden, die in den Lehrberuf gehen wollen, wesentlich ungünstiger. Von den Studierenden der Physik wollten im letzten Winter lediglich 22% Studienrat werden und von den Studierenden der Chemie sogar nur 14%.

Von den 846 Studenten des Lehramts an Gymnasien befanden sich im Winter 1963/64 16% im 11. oder höheren Fachsemester, von den 364 Studentinnen hatten 11% das 10. Fachsemester überschritten. Diese Zahlen bieten einen groben Anhalt dafür, daß das Studium des Lehramts an Gymnasien überdurchschnittlich lange dauert; denn von den Studenten aller Studiengebiete, die in Kiel gelehrt werden, hatten nur 11% mehr als 10 Fachsemester aufzuweisen und von den Studentinnen sogar nur 8%.

Dipl. - Volksw. Lieselotte Korscheyo

### Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

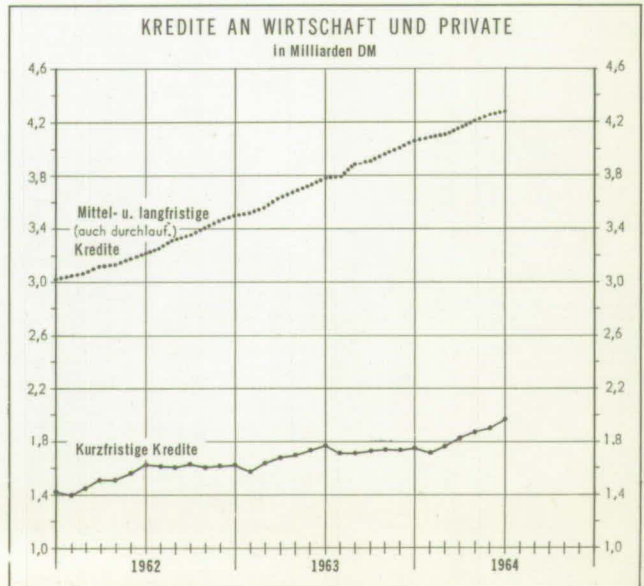
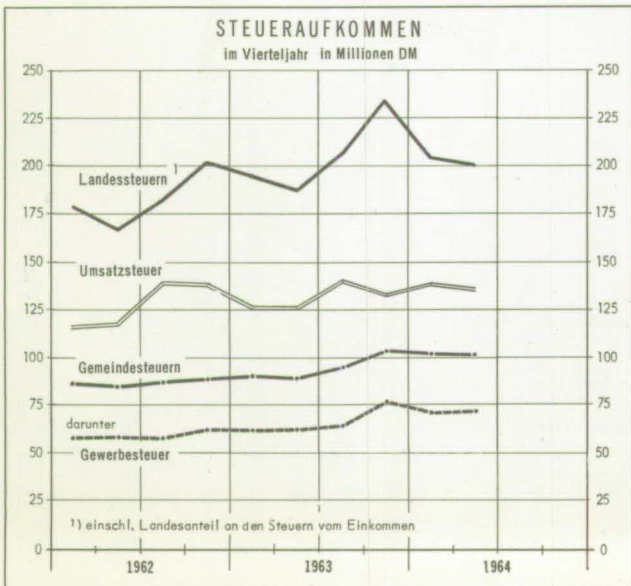
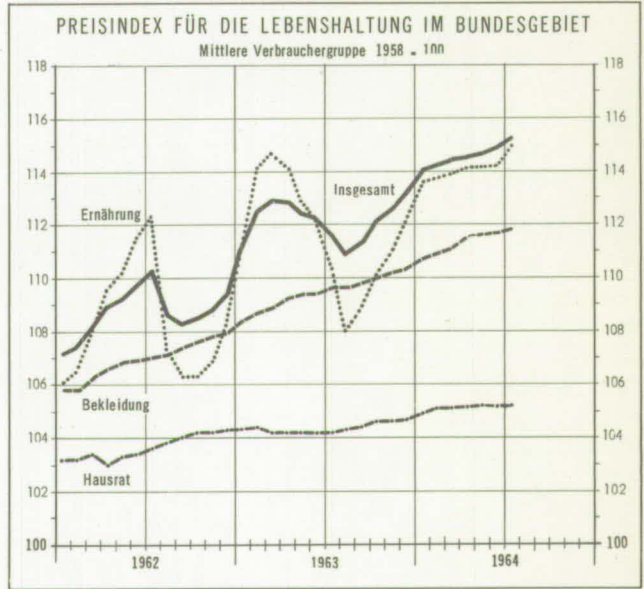
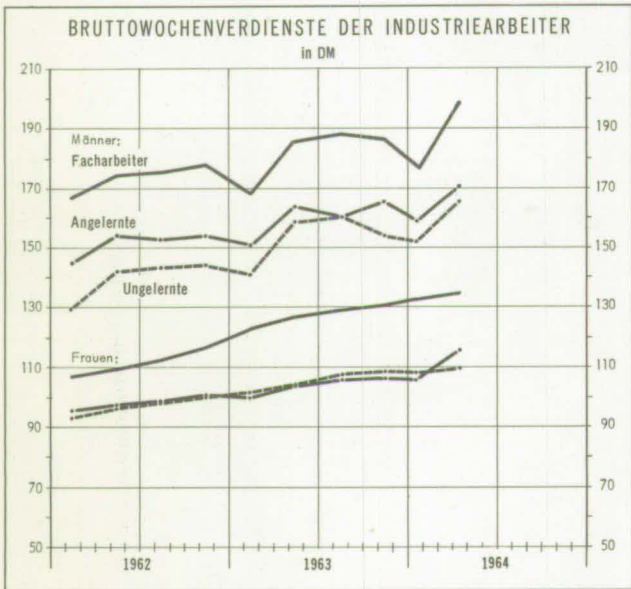
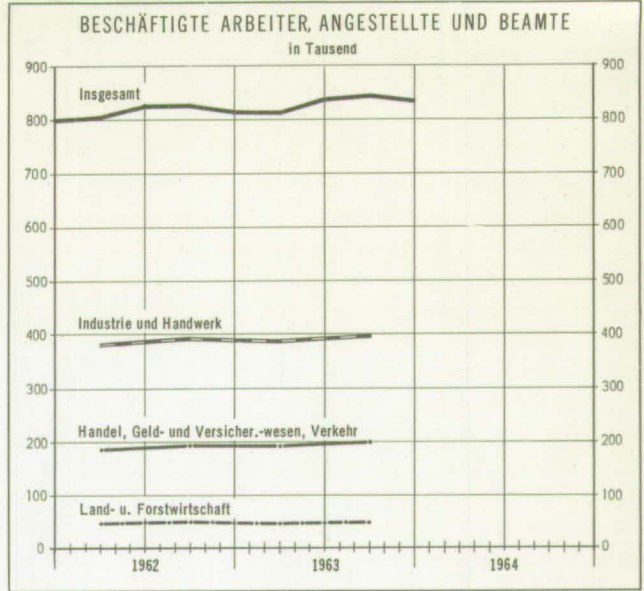
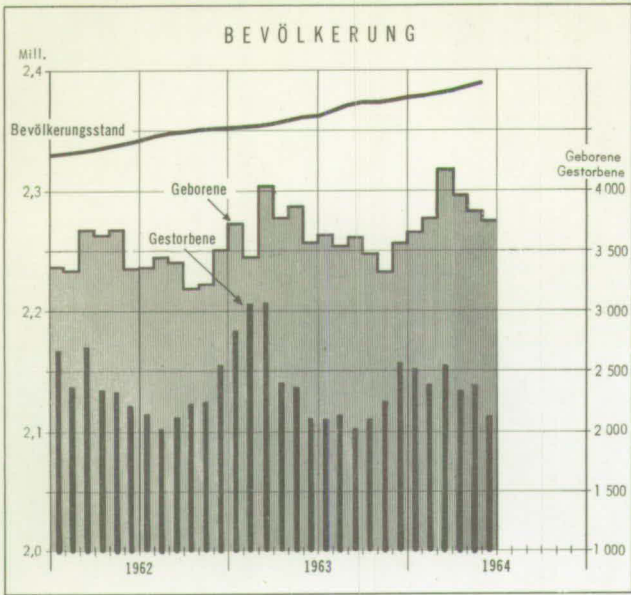
. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

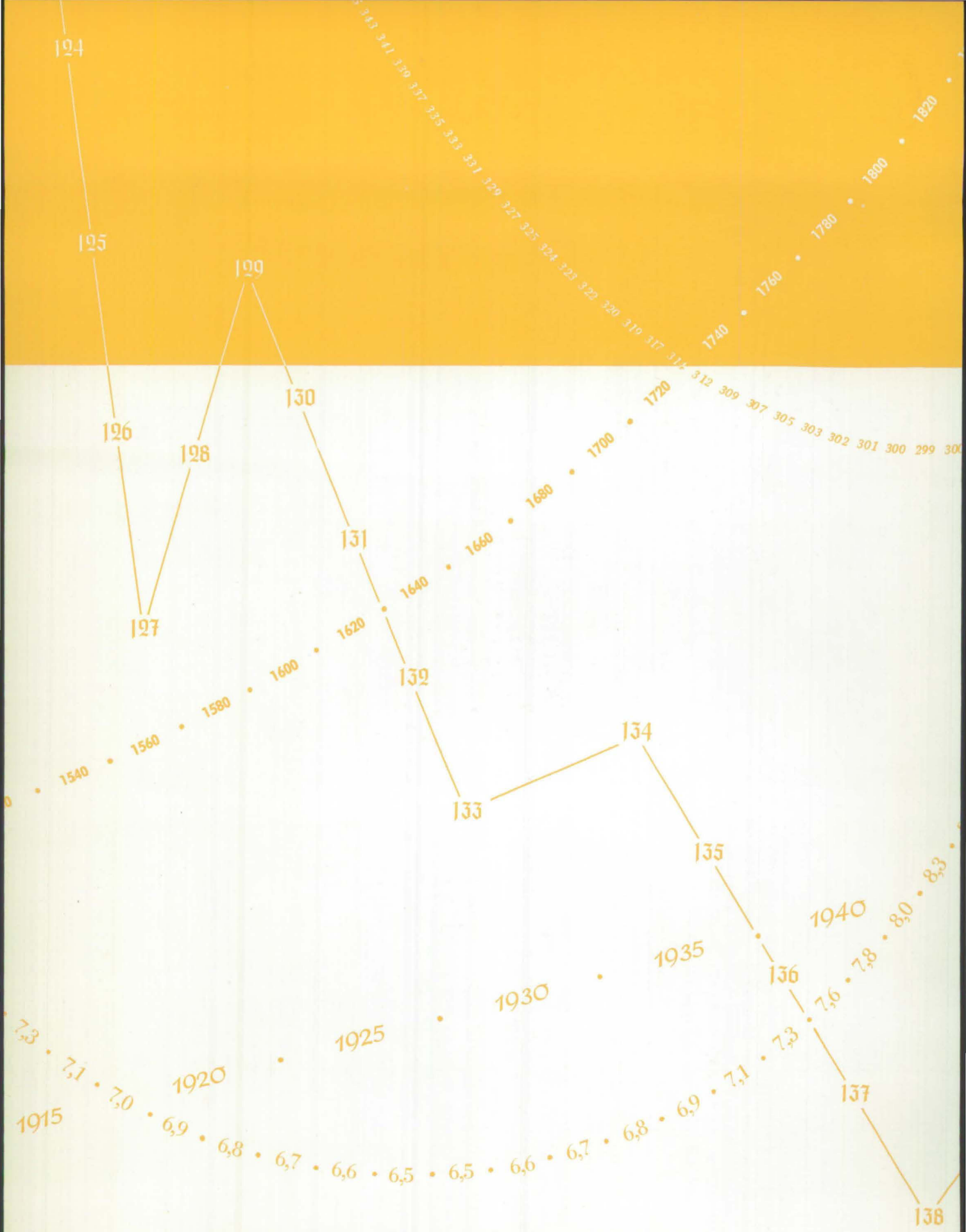
Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 3602  
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korsheya  
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel  
 Bezugspreis Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke. Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen